

The DGB logo is a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font. It is positioned in the top right corner of the cover.

DGB

Heinz-J. Bontrup

Zur größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren

Ein kritischer Rück- und
Ausblick mit Alternativen



Impressum:

Herausgeber: DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Abteilung Wirtschaft-Umwelt-Europa
Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover
www.niedersachsen.dgb.de

Verantwortlich: Hartmut Tölle

Autor: Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Wirtschaftswissenschaftler an der Fachhochschule
Gelsenkirchen, Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Gestaltung: S:DESIGN, Hannover

Bestandteil für das Titelcomposing: sxc.hu, Genkaku

Druck: BWH GmbH, Hannover

März 2011

Inhalt

1. Vom Liberalismus zum Keynesianismus _____	5
2. Der Keynesianismus wurde aufgekündigt _____	8
3. Marktbezogene Umverteilung von unten nach oben _____	10
4. Selbst die Sekundärverteilung ging zu Lasten der Beschäftigten _____	12
5. Oligopolisierung und das Shareholder-value-Prinzip _____	15
6. Exporte über alles _____	17
7. Auch beim Vermögen nur Umverteilung nach oben _____	19
8. Folgen der neoliberalen Umverteilungen _____	21
9. Gesamtwirtschaftliches Ergebnis _____	25
10. Ausbruch der US-Subprime-Krise _____	28
11. Das Ende von Umverteilung und Verschuldung? _____	31
<i>Exkurs:</i> Zur Entwicklung an den Arbeitsmärkten _____	33
12. Der vorläufig letzte Akt _____	38
13. Krisenzeiten sind keine Erkenntniszeiten _____	41
14. Alternativen sind überfällig _____	43
15. Literaturverzeichnis _____	52

In Politik, Wirtschaft und der Mainstream-Wirtschaftswissenschaft wird die größte weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren hauptsächlich den *deregulierten Finanzmärkten* und dem *Fehlverhalten von Individuen* im Finanz- und Bankensektor zugeschrieben. Manche sehen die Ursache auch in einer *zu lockeren (expansiven) Geldpolitik* in den USA nach dem Zusammenbruch der New Economy im Jahr 2000 und dem US-amerikanischen *Doppeldefizit* im Staatshaushalt und der Leistungsbilanz. Solche Erklärungen greifen zu kurz. Die *originäre Krisenursache* ist eine ganz andere. Ihre Wurzeln sind im seit Mitte der 1970er Jahre vollzogenen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel hin zu einem neoliberalen Regime zu finden, das Markt und Wettbewerb als Regulierungsmechanismen gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert und die Welt privatisieren will.¹

¹ Zur Kritik an der *neoliberalen Wettbewerbsgläubigkeit* vergleiche ausführlich: Bontrup, Heinz-J., Wettbewerb und Markt sind zu wenig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 13/2007, 26. März, S. 25- 31; Lepsius, Oliver, Über Märkte, Wettbewerb und Gemeinwohl – Plädoyer für einen Paradigmenwechsel, in: Adolf-Arndt-Kreis (Hrsg.), Staat in der Krise – Krise des Staates? Die Wiederentdeckung des Staates, Berlin 2010, S. 25- 48.

1. VOM LIBERALISMUS ZUM KEYNESIANISMUS

Der Paradigmenwechsel ist, dogmentheoretisch betrachtet, ein Rückfall in die Lehre des ökonomischen *Liberalismus des 19. Jahrhunderts*, auch als „Manchesterkapitalismus“ bekannt, der mit dem Börsenkrach von 1929 und dem 2. Weltkrieg endgültig sein Ende gefunden zu haben schien. Die Liberalen hatten damals noch zur Krisenbekämpfung in fataler Weise auf die „Selbstheilungskräfte der Märkte“ und eine aggressive Außenwirtschaftspolitik gesetzt. Bei Arbeitslosigkeit müssten die Löhne der Beschäftigten nur sinken und staatliche Unterstützungsleistungen für Arbeitslose abgebaut werden. Der Staat müsse durch eine ausgeglichene Budgetpolitik seine Ausgaben den sinkenden Steuereinnahmen anpassen („Austeritätspolitik“); die heimische Wirtschaft solle möglichst viel exportieren und gleichzeitig durch protektionistische Maßnahmen mit Einfuhrzöllen und Abwertungen der eigenen Währung eine Sparpolitik auf Kosten des Auslands betreiben („beggar-my-neighbour-policy“). Während die damalige europäische Politik-Elite uneingeschränkt dieser liberalen Wirtschaftstheorie folgte (auch der deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning, 1885-1970), war es zumindest ab 1932 der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt (1882-1945), der mit seinem *New Deal* auf eine aktive staatliche Rolle zur Überwindung der globalen Depression von 1929-1933 setzte. Er nahm damit, ganz pragmatisch und intuitiv, die erst 1936 von John Maynard Keynes (1883-1946) gelieferte neue „*General Theory*“ vorweg.² Zumindest den „bastard-keynesianischen“ Teil in Form eines staatlichen Deficit spendings, wie Joan Violet Robinson (1903-1983), langjährige Wegbegleiterin von Keynes, die theoretische Reduzierung von Keynes auf eine antizyklische kreditfinanzierte staatliche Ausgabenpolitik nannte. Keynes' umfassendes Theoriengebäude beinhaltet aber viel mehr. Es ist eine umfassende *Kapitalismuskritik* mit dem Ziel, den Kapitalismus vor sich selbst zu retten.³

Das höchste Ziel für Keynes ist eine *vollbeschäftigte Wirtschaft*. Um dies trotz tendenziell rückläufigen Wachstums bzw. einer endogen bedingten Wachstumsabschwächung in hoch entwickelten Industriestaaten⁴ zu erreichen, muss die Wirtschaftspolitik die gesamtwirtschaftlichen (kreislauftheoretischen) Zusammenhänge und die Interdependenzen der

² Vgl. Keynes, John Maynard, *The General Theory of Employment Interest and Money*, London 1936, in deutscher Übersetzung: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, übersetzt von Fritz Waeger, verbessert und um eine Erläuterung des Aufbaus ergänzt von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider, 11. Auflage, Berlin 2009.

³ Vgl. Bontrup, Heinz-J., *Keynes wollte den Kapitalismus retten. Zum 60. Todestag von Sir John Maynard Keynes*, in: *Internationale Politikanalyse der Friedrich Ebert Stiftung*, Bonn, September 2006.

⁴ Vgl. Zinn, Karl Georg, *Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums*, in: *Le Monde diplomatique*, Juli 2009, S. 10-11.

Wirtschaftssektoren berücksichtigen. Löhne sind eben nicht nur Arbeitskosten, sondern gleichzeitig auch Einkommen. Lohnsenkungen sind daher Gift für die Krisenbekämpfung. Arbeitslosigkeit kann auf Grund des Doppelcharakters von Arbeitskosten nicht durch eine Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft immanent an den Arbeitsmärkten aufgehoben werden, sondern nur durch eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen effektiven Nachfrage und/oder durch Arbeitszeitverkürzungen. Keynes empfahl diese dringend, weil langfristig eine Wachstumspolitik zum Scheitern verurteilt ist. Wichtig war für Keynes auch eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung, die für einen höheren Massenkonsum und damit gleichzeitig für eine bessere (qualitative) Befriedigung der Konsumbedürfnisse sorgt. Heute wird dagegen „Ramschware“, häufig unter erbärmlichsten Arbeitsbedingungen (nicht nur im Ausland) produziert und über Discounter abgesetzt, damit sich viele Menschen mit niedrigsten Einkommen überhaupt noch eine – aber eine qualitativ schlechte – Bedürfnisbefriedigung erlauben können. Und wenn der Staat einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen soll, wie dies Liberale und Neoliberale fordern, so muss der Unternehmenssektor und/oder das Ausland, so Keynes, den Vermögensüberschuss, das Sparen der privaten Haushalte, in Form von Investitionskrediten abschöpfen. Passiert dies nicht, kommt es zu einer Wirtschaftskrise. Keynes forderte auch, den für das kapitalistische System ökonomisch letztlich kontraproduktiven und politisch gefährlichen Gegensatz von privatem Reichtum auf der einen und privater sowie öffentlicher Armut auf der anderen Seite durch ein adäquates Steuersystem zur Finanzierung einer höheren Staatsquote, durch vermehrt bereitgestellte öffentliche Güter und durch eine „Sozialisierung der Investitionen“ aufzuheben. Besonders im Kontext der aktuellen Finanzmarktkrise ist Keynes' Warnen vor einer überbordenden Spekulation zu betonen. „Spekulanten“, so führte er aus, „mögen als Luftblasen auf einem stetigen Strom des Unternehmertums keinen Schaden anrichten. Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Luftblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielkasinos wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.“⁵ Finanzmärkte müssen deshalb, so seine Botschaft, strikt staatlich reguliert werden. Das unternehmerische Gewinnstreben ist zur Eindämmung der Finanzmärkte auf realwirtschaftliche Produktionsprozesse zu lenken.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das keynesianische Gebäude in den wichtigen und großen Industriestaaten zur vorherrschenden Lehre und wirtschaftspolitischen Doktrin. Der US-amerikanische Präsident Richard Nixon (1913-1994) betonte noch 1971: „Jetzt sind wir alle Keynesianer geworden“. Der Staat spielte zumindest eine „bastard-keynesianische“ Rolle. Es kam zu einer aktiven Konjunktur-, Wachstums-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

⁵ Keynes, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a.a.O., S. 135.

Angestrebt wurde ein „Mix“ aus Markt und Staat; speziell in der Bundesrepublik eine „Soziale Marktwirtschaft“. Die Verteilung der generierten Wertschöpfungen zwischen Kapital und Arbeit wurden anfangs sogar zu Gunsten des „Faktors“ Arbeit mit steigenden Lohnquoten, danach zumindest verteilungsneutral ausgerichtet. Die Finanzmärkte waren reguliert, die Notenbanken hielten die Zinssätze unter der Wachstumsrate des Sozialprodukts, die Wechselkurse waren fixiert, große außenwirtschaftliche Ungleichgewichte blieben aus, die Börsen und damit Aktien spielten keine herausragende Rolle. Ganz entscheidend war, dass sich das Gewinnstreben nur in der produzierenden Realwirtschaft entfalten konnte. „Politökonomisch handelte es sich um ein Interessenbündnis von Realkapital und Arbeit, das *gegen die Interessen des Finanzkapitals* gerichtet war.“⁶

⁶ Schulmeister, Stephan, New Deal für Europa, in: Le Monde diplomatique, September 2010, S. 3.



2. DER KEYNESIANISMUS WURDE AUFGEKÜNDIGT

Das „Bündnis“ bekam unter den Bedingungen von *Vollbeschäftigung* und einem *ausgebauten Sozialstaat* aber zunehmend Risse. Bei tendenziell nachlassenden realen Wachstumsraten, die Keynes prognostiziert hatte, und einem verschlechterten Verhältnis von Arbeitsproduktivitäten und Kapitalintensitäten gingen selbst bei konstanten Lohnquoten auch die Profitraten zurück. Außerdem wurden Anfang der 1970er Jahre die „*Grenzen des Wachstums*“ (Club of Rome) durch eine aufkommende, damals noch linksorientierte Ökologiebewegung ange-mahnt. Die Unternehmer und die Geldmächtigen (altgriechisch: „Plutokraten“) akzeptierten jetzt unisono nicht mehr den „sozialtemperierten Kapitalismus“ (Oswald von Nell-Breuning, 1890-1991). Und sie fanden theoretische Vordenker wie insbesondere die Ökonomen Friedrich August von Hayek (1899-1992) und Milton Friedman (1912-2006). Für beide ist der Markt alles und der Staat das größte Übel in der Ökonomie. Auftrieb bekam ihre neoliberale Lehre mit der 1971 einsetzenden US-Dollarkrise, die letztlich 1973 zum Zusammenbruch des 1944 in Bretton Woods festgelegten Systems fester Wechselkurse führte. Beide, Hayek wie auch Friedman, hatten schon lange zuvor ein System flexibler Wechselkurse eingefordert. Damit war das Tor für *Währungsspekulationen* zum ersten Mal aufgestoßen und der US-Dollar verlor 25 Prozent an Wert. Gleichzeitig kam es 1973 zu einer *Ölkrise*, hervorgerufen durch das 1960 konstituierte OPEC-Kartell. Die von der OPEC stark gedrosselten Öl-Fördermengen führten zu einem explosionsartigen Anstieg des Ölpreises, der in den Industriestaaten eine Inflation und in Folge die nach dem 2. Weltkrieg bis dahin schwerste Weltwirtschaftskrise von 1974/75 auslöste. In der Krise entwickelte sich eine bisher nicht gekannte *Stagflation* (Stagnation mit Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig auftretender Inflation).⁷

Damit erlebte der Keynesianismus, genauer der „Bastard-Keynesianismus“, sein „Waterloo“. „Die Inflation hätte mit restriktiven und die stagnationsbedingte Arbeitslosigkeit mit expansiven Maßnahmen bekämpft werden müssen – ein unlösbares Dilemma. (...) Das altbewährte Hausmittel, eine Krise durch *deficit spending* zu überwinden, erwies sich jetzt als ‚nutzlos‘ und kontraproduktiv.“⁸ Daneben kam es in der Krise nicht zu einer notwendigen Abstimmung der Finanzpolitik mit der *Geldpolitik* durch die Notenbanken. Die Geldpolitik ist bis heute rein monetaristisch und einseitig auf *Preisniveaustabilität* ausgerichtet. Sie folgt

⁷ Vgl. Müller, Udo, Bock, Hartmut, Stahlecker, Peter, Stagflation. Ansätze in Theorie, Empirie und Therapie, Königsstein/Ts. 1980.

⁸ Willke, Gerhard, John Maynard Keynes, Frankfurt a. M. 2002, S. 164.

dabei der klassischen Quantitätstheorie des Geldes, Geld ist hier nur ein „Schleier“ vor der realen Wirtschaft. Der von Milton Friedman entwickelte Monetarismus geht dabei von einer Geldmengensteuerung als hinreichende Wirtschaftspolitik sowie von einer immanenten Stabilität des Marktsystems aus, bei dem der Staat durch Interventionen nur störe. Der Geldpolitik wird es deshalb auch untersagt, die *Wachstumsentwicklung* und *Beschäftigung* monetär zu stärken. Im Gegenteil: Kommt es zu inflationären Effekten, so scheute sich bisher die Geldpolitik nicht, Wachstum und Beschäftigung durch einen restriktiven Kurs mit steigenden Zinsen sogar abzuwürgen.

Die Folge der Krise von 1974/75 war eine bis heute nicht mehr abgebaute *Massenarbeitslosigkeit* in den kapitalistischen Industrieländern. Zurzeit sind allein in der EU rund 24 Mio. Menschen als arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosigkeit war der „Knüppel“ für das Kapital, um auf eine endgültige *neoliberale „Konterrevolution“* hinzuwirken. Arbeitslosigkeit nützt den Unternehmern, sie verschiebt das *Machtverhältnis* vom „Faktor“ Arbeit zum Kapital und wirkt profitkonditionierend. Sie diszipliniert abhängig Beschäftigte und Arbeitslose gleichzeitig. Sie ist ein „Gewaltakt gegen Menschen“ (Oskar Negt) zum einseitigen Vorteil des Kapitals.

Nun bedurfte es nur noch willfähriger Politiker, die insbesondere mit Ronald Reagan (USA), Margaret Thatcher (Großbritannien) und Helmut Kohl (Bundesrepublik) ab Anfang der 1980er Jahre für eine „geistig moralische Wende“ (Kohl) bereitstanden. Sie betrieben vehement den neoliberalen Kurs mit seiner ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung aller Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen Freihandels, auf eine Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern („Verbesserung der Angebotsbedingungen“) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaats setzt. Letztlich wollen die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989 im „Washington-Konsens“, nur eins bezwecken: Durch eine Privatisierung der Welt soll eine Umverteilung der gesellschaftlich immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfungen zu den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.

3. MARKTBEZOGENE UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN

Diese Umverteilung ist den Neoliberalen ohne Frage gelungen. So stieg in Deutschland wie in vielen anderen Ländern die Profitquote zu Lasten der Lohnquote.⁹ Im Folgenden soll dies für Deutschland seit der Wiedervereinigung exemplarisch aufgezeigt werden. Hier kam es von 1991 bis 2010 bei den *primären marktbezogenen Bruttoundernehmer- und Bruttovermögens-einkommen* zu einem Anstieg um 85,4 Prozent, während die *Arbeitnehmerentgelte* (inkl. der Sozialbeiträge der Arbeitgeber) nur um 48,5 Prozent zulegten. Insgesamt sank die *gesamtwirtschaftliche Bruttolohnquote* (Arbeitnehmerentgelte bezogen auf das Volkseinkommen) von 71,0 Prozent im Jahr 1991 auf 66,3 in 2010, also um 4,7 Prozentpunkte. Nimmt man den höchsten Bruttolohnquotenwert seit der Wiedervereinigung im Jahr 1993 mit 72,9 Prozent als Referenzwert, so ging die Bruttolohnquote bis heute sogar um 6,6 Prozentpunkte zurück. Hinter diesen Prozentzahlen verbirgt sich eine gigantische *absolute* Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen.

Geht man von der höchsten erreichten Bruttolohnquote des Jahres 1993 aus, so belaufen sich die *Verteilungsverluste* für die abhängig Beschäftigten von 1991 bis 2010 auf insgesamt 1.118,1 Mrd. Euro. Davon entfielen 928,8 Mrd. Euro oder 83,1 Prozent auf den Zeitraum von 2000 bis 2010 (Tabelle 1).

⁹ Auch in der *Europäischen Union* ist mit wenigen Ausnahmen die *Verteilungsbilanz der einzelnen Länder* seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend negativ geworden, das heißt, es kam auch hier zu einer Umverteilung hin zu den Besitzeinkommen. Im EU-Durchschnitt blieben die Reallohnzuwächse in den 1980er und 1990er Jahren um jährlich 0,8 bzw. 0,9 Prozentpunkte hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück. Vgl. dazu ausführlich Schulten, Thorsten, *Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften*, Hamburg 2004, S. 179ff.



Tab. 1: Umverteilung des Volkseinkommens

	Brutto-Lohnquote*	Arbeitnehmerentgelt	Arbeitnehmerentgelt bei LQ von 1993	Verteilungsverluste Arbeitnehmer
	in Prozent	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro
1991	71,0	847,0	869,4	22,4
1992	72,2	917,2	925,7	8,5
1993	72,9	938,8	938,8	–
1994	71,7	961,9	977,6	15,7
1995	71,4	997,0	1.018,6	21,6
1996	71,0	1.006,6	1.033,5	26,9
1997	70,3	1.010,7	1.048,7	38,0
1998	70,4	1.032,3	1.068,8	36,5
1999	71,2	1.059,5	1.084,2	24,7
2000	72,2	1.100,1	1.111,3	11,2
2001	71,8	1.120,6	1.137,9	17,3
2002	71,6	1.128,3	1.148,9	20,6
2003	70,8	1.132,1	1.166,1	34,0
2004	68,0	1.137,1	1.219,1	82,0
2005	66,7	1.129,9	1.235,4	105,5
2006	64,6	1.149,5	1.296,9	147,4
2007	64,3	1.181,0	1.339,8	158,8
2008	65,4	1.223,3	1.363,9	140,6
2009	68,4	1.225,9	1.306,2	80,3
2010	66,3	1.257,9	1.384,0	126,1
			von 1991 bis 2010	Summe 1.118,1
			von 1991 bis 1999	Summe 194,3
			von 2000 bis 2010	Summe 923,8

*Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen. Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18/Reihe 1.1, eigene Berechnungen.

4. SELBST DIE SEKUNDÄRVERTEILUNG GING ZU LASTEN DER BESCHÄFTIGTEN

Auch nach *staatlicher Umverteilung* durch Steuern und Sozialabgaben ist es zu einem drastischen Rückgang der *Nettolohnquote* gekommen. So ging der Anteil der Nettolöhne (in Prozent des verfügbaren Einkommens aller privaten Haushalte nach der öffentlichen Umverteilung) von 1991 bis 2010 von 48,1 Prozent um 6,5 Prozentpunkte auf 41,6 Prozent zurück. In den 1960er Jahren lag die Nettolohnquote dagegen noch bei 55,8 Prozent. Betrachtet man die *Abgabenbelastung* (Steuern und Sozialabgaben) der Arbeitseinkommen und der Besitzeinkommen im Vergleich, so stellt man fest, dass es hier zwischen 1960 und 2010 (1. Halbjahr) zu einer enormen Belastungszunahme der Arbeitseinkommen bei gleichzeitiger Entlastung der Besitzeinkommen gekommen ist. Die Belastung der Arbeitseinkommen stieg um 19,8 Prozentpunkte, während die Belastung der Besitzeinkommen um 10,8 Prozentpunkte zurückging. Seit 2000 stagniert allerdings die relative Lastverteilung (Tabelle 2). Dafür kam es aber zu einem stärkeren Anstieg der *indirekten Verbrauchsteuern*. Allein 2007 wurde die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte von 16 Prozent auf 19 Prozent angehoben. Indirekte Steuern belasten bekanntlich die durchschnittlichen Arbeitseinkommen auf Grund der hier vorliegenden höheren Konsumquoten mehr als die der Besitzeinkommensbezieher mit hohen Sparquoten. Am meisten werden dabei die mittleren Arbeitseinkommen von indirekten Steuern belastet, weil die niedrigen Einkommen vom ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent profitieren.¹⁰

Tab. 2: **Staatliche Abgabenbelastung**
(in Prozent der jeweiligen Bruttoeinkommen)

	Arbeitseinkommen	Besitzeinkommen
1960	15,7	23,0
1970	22,5	19,0
1980	28,6	19,2
1990*	30,4	12,8
2000	35,5	11,2
2010**	35,5	12,2

*Bis 1990 alte Bundesrepublik, **1. Halbjahr. Quelle: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2010, S. 639.

¹⁰ Vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 38-39/1996, S. 625ff.

Außerdem ist innerhalb der Lohnneinkommen eine starke *Differenzierung* zu verzeichnen. Neben den anhaltenden Ost-West- wie auch Geschlechter-Unterschieden bei der Bezahlung gibt es hohe Verdienstdifferenzen zwischen dem industriellen Sektor und den Dienstleistungsbereichen. Auch hat sich der Lohnabstand in Deutschland von qualifizierten und ungelerten Beschäftigten als auch der zwischen Berufseinsteigern bis 31 Jahre und der nächstälteren Beschäftigtengruppe von 32 bis 40 Jahren deutlich erhöht. Das Ergebnis all dieser Disparitäten innerhalb der Lohn- und Gehaltseinkommen kumuliert letztlich in einem stark gewachsenen *Niedriglohnssektor* bei einem gleichzeitigen *Schrumpfen der Mittelschicht*. In Deutschland sind mittlerweile 14 Prozent oder 11,5 Mio. Menschen von relativer Einkommensarmut bedroht.¹¹

Der Verfall der Nettolohnquote ging gleichzeitig mit einem Anstieg der *Nettogewinnquote* von 1991 bis zum 1. Halbjahr 2010 um 4,2 Prozentpunkte von 29,8 auf 34,0 Prozent einher. 1960 lag die Quote mit 24,4 Prozent noch fast 10 Prozentpunkte niedriger.¹² Zwar sind die *Unternehmensgewinne* in der jüngsten Krise zurückgegangen. Davor haben sie aber auf Grund der beschriebenen Umverteilung kräftig zugelegt. So schreibt die Deutsche Bundesbank: „Bei einem recht kräftigen Geschäftswachstum im Jahresdurchschnitt 2008 sind die Gewinne der Unternehmen (...) erstmals seit 2003 gesunken. Das für die erfassten Sektoren ausgewiesene Jahresergebnis vor Gewinnsteuern ging um 6,5 Prozent zurück, nachdem es im Zeitraum 2004 bis 2007 um nicht weniger als 75,5 Prozent zugenommen hatte.“¹³ Wenn auch für 2009 ein weiterer kräftiger Einbruch zu erwarten ist (Daten liegen noch nicht vor), so zeigt eine Berechnung des Handelsblatts und der Landesbank Baden-Württemberg bezogen auf die 30 DAX-Konzerne, dass deren Nettogewinn (Gewinn nach Steuern) 2010 im Vergleich zum Krisenjahr 2009 bereits wieder um satte 80 Prozent auf 63 Mrd. Euro angestiegen ist. Davon werden die DAX-Konzerne, nach Befragung, etwa 25 Mrd. Euro an ihre Eigner ausschütten. Fast so viel wie im Boomjahr 2007, als die Rekordsumme von 27,5 Mrd. Euro an die Aktionäre gezahlt wurde.¹⁴

¹¹ *Relative Einkommensarmut* bedeutet, dass die Betroffenen über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen. Der Median teilt dabei die Einkommen in exakt zwei Hälften auf. Vgl. Grabka, Markus M., Frick, Joachim R., Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 7/2010, S. 2-11; sowie Goebel, Jan, Gornig, Martin, Häußermann, Hartmut, Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 24/2010, S. 2-9.

¹² Vgl. Schäfer, Claus, Zukunftsgefährdung statt Krisenlehren – WSI-Verteilungsbericht 2010, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2010, S. 638.

¹³ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Januar 2010, S. 17.

¹⁴ Vgl. Spiegel Online: „So beglücken deutsche Großkonzerne ihre Aktionäre“, vom 26.11.2010.

Und die *Banken*? Hier konstatiert die Deutsche Bundesbank in einer Untersuchung: „Der aggregierte Bilanzverlust der deutschen Kreditwirtschaft hat sich 2009 gegenüber 2008 nicht nur von 25,0 Mrd. auf 2,9 Mrd. Euro radikal vermindert; die zuletzt genannte Verlustsumme stammt auch nur aus einer vergleichsweise geringen Zahl größerer Institute.“¹⁵ Insgesamt lag der Jahresüberschuss vor Ertragssteuern aller Kreditinstitute (ohne Bausparkassen) in Deutschland von 2000 bis 2009 – trotz der hohen Verluste in 2008 und 2009 in Höhe von 27,9 Mrd. Euro – bei kumuliert fast 110 Mrd. Euro oder jahresdurchschnittlich bei 11 Mrd. Euro. Dabei haben selbst im extremen Krisenjahr 2008 die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften (Volksbanken) tief schwarze Zahlen geschrieben (Tabelle 3).

Tab. 3: Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ertragssteuern der deutschen Kreditinstitute

(in Mio. Euro)

	Alle Bankengruppen*	Kreditbanken	davon: Großbanken	Landesbanken	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben
2000	19.324	6.411	3.181	2.843	5.032	835	2.094	744	1.335
2001	14.022	4.251	2.951	1.837	3.649	302	1.888	1.184	941
2002	10.920	909	-1.931	1.302	3.427	309	2.517	1.285	1.171
2003	1.823	-5.688	-7.315	-2.233	4.756	49	2.923	830	1.186
2004	10.372	-342	-2.067	472	4.400	220	2.977	566	2.079
2005	33.242	17.948	14.867	3.030	4.927	406	4.156	160	2.615
2006	27.597	10.144	7.520	6.014	4.421	382	3.614	568	2.454
2007	20.531	18.726	15.290	788	3.759	-375	2.880	375	-5.622
2008	-25.014	-16.420	-17.833	-6.051	2.161	-416	2.039	-2.913	-3.414
2009	-2.870	-6.493	-6.691	-5.229	4.713	696	3.410	-1.419	1.452
Σ	109.947	29.446	7.972	2.773	41.245	2.408	28.498	1.380	4.197
JD	10.995	2.945	797	277	4.125	241	2.850	138	420

*ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte September 2005 u. September 2010, eigene Berechnungen.

¹⁵ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 2010, S. 17.

5. OLIGOPOLISIERUNG UND DAS SHAREHOLDER-VALUE-PRINZIP

Das beschriebene Problem der doppelten Umverteilung ist auch das Ergebnis einer neoliberal gewollten *internationalen Liberalisierung der Märkte (Globalisierung)*, die zu einer durch *Fusionen* oder Unternehmensaufkäufen sich zunehmend *konzentrierenden Wirtschaft* (Oligopolisierung) führt, in der die marktbeherrschenden Unternehmen ihre Produktivitätsfortschritte nicht über Preissenkungen an die Nachfrager weitergeben (müssen) und so zusätzlich für einen Kaufkraftverlust sorgen. Außerdem hat zur kurzfristigen Profitmaximierung, zur Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität nach Steuern, der Druck auf alle *unternehmensbezogenen Stakeholder* (Beschäftigte, Kunden und Lieferanten sowie den Staat) durch eine ausschließlich kapitalmarkt- und eigentümerorientierte Steuerung in den Großunternehmen nach dem *Shareholder value-Prinzip* stark zugenommen und Wachstumsprozesse behindert.¹⁶ Für die *Beschäftigten* bedeutet dies weniger Einkommen aus der Wertschöpfung und verschlechterte Arbeitsbedingungen bei gleichzeitig weniger Mitbestimmung. Die *Kunden* zahlen höhere Preise bei verringerten Leistungen und die *Lieferanten* werden durch Nachfragemacht der Großunternehmen ausgebeutet.¹⁷ Und nicht zuletzt verlangen die Shareholder vom *Staat* weniger Steuern und Abgaben. Insgesamt wird damit die Wertschöpfung der Großunternehmen zu *Lasten der mittelständischen Wirtschaft* gesteigert und gleichzeitig eine *Umverteilung zu den Kapitaleinkünften* (Gewinn, Zinsen, Miete und Pacht) nach Steuern herbeigeführt. Die Löhne innerhalb der Wertschöpfung werden dabei von einem *ex-ante* (vorab festgesetzten) kontraktbestimmten Einkommen zu einem *ex-post* (nachträglich festgesetzten) Resteinkommen umgebucht, das laut marktwirtschaftlich-kapitalistischer Logik eigentlich der Gewinn sein soll. Dieser wird jetzt aber zu einer *ex-ante* Zielgröße. Insofern kommt es durch die Shareholder value-Doktrin zu einer *Umkehrung kapitalistischer Logik*. Wird im Business-Plan eine vorgegebene Eigenkapitalrendite nach Steuern nicht erreicht, so erfolgt keine Investition oder sogar eine Desinvestition – dies gilt nicht nur für den Nokia-Fall.

¹⁶ Vgl. Dörre, Klaus, Holst, Hajo, Nach dem Shareholder Value? Kapitalmarktorientierte Unternehmenssteuerung in der Krise, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2009, S. 667-674; Hein, Eckhard, van Treeck, Till, Finanzmarktorientierung – ein Investitions- und Wachstumshindernis?, in: IMK Report Nr. 26, Januar 2008.

¹⁷ Vgl. Bontrup, Heinz-J., Marquardt, Ralf-M., Nachfragemacht in Deutschland: Ursachen, Auswirkungen und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen, Münster 2008.

Am Ende reicht aber auf Grund der Umverteilung die aus Löhnen gespeiste Endnachfrage nicht mehr aus, um die durch Produktivitätssteigerungen noch vergrößerte Produktionsmenge – selbst zu konstanten Preisen – zu verkaufen. Hier schlägt dann die *einzelwirtschaftliche Rationalitätsfalle* zu (siehe den Kasten „Konkurrenz-Paradoxon“).

■ Konkurrenz-Paradoxon

Das marktwirtschaftlich-kapitalistische System basiert auf einem „Konkurrenz-Paradoxon“ (Peter Bofinger). Auf Grund einzelwirtschaftlicher Rationalitätsfallen oder einer „Kollektivillusion“ (Oliver Landmann) fallen einzelwirtschaftliche Rationalitäten und deren gesamtwirtschaftliche Ergebnisse auseinander. So gilt als einzelwirtschaftliche rationale Logik: „Wenn ich meine Ausgaben individuell reduziere, um meine laufenden Ausgaben an die Einnahmen anzupassen, kann ich davon ausgehen, dass mir das gelingt, weil meine Sparentscheidung keinen Einfluss auf meine Einnahmen hat.“ Und als gesamtwirtschaftliche Logik gilt: „Wenn alle Wirtschaftssubjekte ihre Ausgaben reduzieren, vermindert das auch ihre Einnahmen, so dass es am Ende offen ist, ob es ihnen wirklich gelingt, ihre Neuverschuldung zu reduzieren.“¹⁸

Dennoch gibt es für einzelne Länder (zumindest mittelfristig) eine Lösung. Diese liegt in einer „*internationalen Expansion*, also im Verkauf der Waren im Ausland, für die im Inland nicht genügend Nachfrage vorhanden ist. [...] Die Lösung hat eine gewisse Eleganz für sich, denn sie bringt zwei sich im Inland *widersprechende Ziele* – Kostensenkung und Nachfragesteigerung – miteinander in Einklang. Produktivitätssteigerungen sowie Abbau von Löhnen und Sozialleistungen führen zu Kostensenkungen und potentieller Erhöhung der Profitspannen. Der durch diese Maßnahmen bewirkte Ausfall an inländischer Endnachfrage wird durch die zusätzliche Auslandsnachfrage ausgeglichen. Das führt dazu, dass die durch die Kostensenkungen möglich gewordenen Profite auch tatsächlich erzielt werden. Der Doppelcharakter der Löhne als Kostenfaktor (der möglichst gering gehalten werden muss) und als wichtigstes Nachfrageaggregat (das möglichst groß sein soll) wird aufgelöst. Für das *exportierende Unternehmen sind Löhne nur noch Kosten*, die mit allen Mitteln zu drücken sind.“¹⁹

¹⁸ Bofinger, Peter, *Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle*, 3. Auflage, München 2005, S. 112.

¹⁹ Huffs Schmid, Jörg, *Kein Ausweg aus der Weltmarktfalle? Außenwirtschaftsbeziehungen und alternative Wirtschaftspolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 6/1994, S. 734f.

6. EXPORTE ÜBER ALLES

Die Ergebnisse einer solchen unternehmerischen (einzelwirtschaftlichen) Politik kann man besonders an der *Außenwirtschaftsbilanz von Deutschland* sehen. Hier zeigt sich ein enormer Anstieg der Exporte wie auch des Außenbeitrags (Exporte minus Importe). Der Exportanteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt lag 2008 bei fast 48 Prozent (Tabelle 4). Dieser Wert ist 2010 mit 46 Prozent, nach krisenbedingtem Rückgang 2009, fast schon wieder erreicht worden. Im Jahr 1995 betrug der Exportanteil noch lediglich 24 Prozent. Wie schon vor der Krise, wird auch nach der Krise eine *aggressive deutsche Außenwirtschaftspolitik* zu Lasten der Binnenwirtschaft betrieben und damit – insbesondere seit *Einführung des Euros*²⁰ – gegen das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 verstoßen. Die FDP würde es wohl auch deshalb am liebsten abschaffen. Laut diesem Gesetz, das als „der Welt bestes Konjunkturgesetz“ gefeiert wurde, dürfte nämlich der Außenbeitrag als eine wesentliche Größe innerhalb der gesamtwirtschaftlichen Ziele (subsumiert unter einem „magischen Viereck“²¹) lediglich um plus/minus 1,5 Prozent schwanken, bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt.²² Davon sind wir aber in Deutschland mit stark ansteigenden Werten seit 2001 weit entfernt (Tabelle 4).

²⁰ *Exportüberschüsse* führen bei flexiblen Wechselkursen zu *Aufwertungen der Währung*, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Exportüberschusslandes leidet. Beim Vorliegen einer einheitlichen Währung ist dies aber für ein Land mit Exportüberschüssen im Währungsverbund nicht mehr der Fall. Es kann sich sozusagen hinter der einheitlichen Währung „verstecken“ und ohne Aufwertung weiter hohe Exportüberschüsse erzielen. Zum empirischen Vergleich der *Entwicklung der Leistungsbilanzen* vor und nach Einführung des Euros vergleiche Joebges, Heike, Logeay, Camille, Stephan, Sabine, Zwiener, Rudolf, Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010.

²¹ Dazu gehören als Zielgrößen auch ein *stetiges Wirtschaftswachstum*, ein *hoher Beschäftigungsstand* und *Preisniveaustabilität*. „Magisch“ wird das „Viereck“ deshalb genannt, weil es außerordentlich schwer ist, alle Ziele gesamtwirtschaftlich gleichzeitig durchzusetzen. Nicht im Gesetz aufgezählt wird allerdings die gesamtwirtschaftlich mindestens ebenso wichtige Zielgröße einer gleichmäßigeren *Verteilung von Einkommen und Vermögen*, so dass das „Viereck“ bei einer notwendigen Berücksichtigung zu einem „Fünfeck“ würde. Bezieht man ebenso richtigerweise die *Umwelt* noch mit ein, entstünde sogar ein gesamtwirtschaftliches „Sechseck“.

²² Vgl. Zuck, Rüdiger, *Wirtschaftsverfassung und Stabilitätsgesetz*, München 1975, S. 136.

Tab. 4: Außenwirtschaftliche Expansion und Abhängigkeit Deutschlands

	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (Mrd. Euro)	Außenbeitrag in Prozent des BIP	Exporte in Prozent des BIP
2000	2.062,5	0,4	33,4
2001	2.113,2	2,0	34,8
2002	2.143,2	4,6	35,7
2003	2.163,8	4,0	35,6
2004	2.210,9	5,1	38,4
2005	2.242,2	5,3	41,1
2006	2.326,5	5,7	45,3
2007	2.432,4	7,1	46,9
2008	2.481,2	6,4	47,5
2009	2.397,1	4,9	40,8
2010	2.497,6	5,1	45,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18/Reihe 1.1, eigene Berechnungen.



7. AUCH BEIM VERMÖGEN NUR UMVERTEILUNG NACH OBEN

Aus Einkommen entsteht *Vermögen*. So verwundert dann auch nicht die Entwicklung und ungleiche Verteilung alleine beim *Geldvermögen* der Deutschen, in das nicht einmal das Immobilienvermögen und das Produktivkapital mit eingerechnet ist. Von 1991 bis 2009 nahm das *Netto-Geldvermögen* (Brutto-Geldvermögen nach Abzug aller Verbindlichkeiten) der privaten Haushalte von 1.097,3 Mrd. Euro um 186,1 Prozent auf 3.139,7 Mrd. Euro zu. Das Wachstum des gesamten Volkseinkommens, also der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, lag im selben Zeitraum bei nur 50,2 Prozent. 2009 betrug die Relation Netto-Geldvermögen zu Volkseinkommen 1,75 zu 1. Im Jahr 1991 lag die Relation noch bei 0,92 zu 1 (Tabelle 5). Die Geldvermögensverluste durch den Zusammenbruch der *New Economy*, der „Internetblase“, beliefen sich bei den deutschen privaten Haushalten im Jahr 2002 auf insgesamt 49,9 Mrd. Euro; in der jetzigen *Finanz- und Wirtschaftskrise* im Jahr 2008 auf 111,6 Mrd. Euro. Selbst im größten Krisenjahr 2009 stieg das Netto-Geldvermögen der Privaten schon wieder um sage und schreibe 237,3 Mrd. Euro und machte so den Verlust aus 2008 um mehr als das Doppelte weg (Tabelle 5). Die *Staatsverschuldung* bei Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungshaushalten nahm dagegen 2009 um 79,3 Mrd. Euro zu (Tabelle 7). Im Jahr 2010 kamen noch einmal gut 88 Mrd. Euro dazu.

Tab. 5: **Entwicklung des Geldvermögens privater Haushalte in Deutschland**
(in Mrd. Euro)

	Brutto-Geldvermögen	Verbindlichkeiten	Netto-Geldvermögen	Relation Netto-Geldvermögen zu Volkseinkommen
1991	1.926,0	828,7	1.097,3	1:0,92
1995	2.563,6	1.154,7	1.408,9	1:1,01
2000	3.515,5	1.514,0	2.001,5	1:1,31
2001	3.606,2	1.535,8	2.070,4	1:1,33
2002	3.572,9	1.552,4	2.020,5	1:1,28
2003	3.805,1	1.568,6	2.236,5	1:1,40
2004	3.973,9	1.574,0	2.399,9	1:1,44
2005	4.205,2	1.568,1	2.637,1	1:1,56
2006	4.398,7	1.566,6	2.832,1	1:1,59
2007	4.559,8	1.545,8	3.014,0	1:1,64
2008	4.433,4	1.531,0	2.902,4	1:1,55
2009	4.671,7	1.532,0	3.139,7	1:1,75

Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Fragt man nach der *Verteilung des gesamten Vermögens* in Deutschland, so ist, wie bei der Verteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital und Arbeit, auch hier eine völlige Ungleichverteilung festzustellen. Im Jahr 2007 verfügte die deutsche Bevölkerung ab 17 Jahren insgesamt über ein *Nettovermögen* (= Bruttovermögen abzüglich aller Schulden) in Höhe von 6,6 Billionen Euro. Das Nettovermögen setzt sich dabei zusammen aus dem Geldvermögen (siehe oben), dem Immobilienbesitz und dem Betriebsvermögen sowie auch aus Vermögen in Form wertvoller Sammlungen. Die Verteilung dieses Gesamtvermögens zeigt, dass rund zwei Drittel der Bevölkerung ab 17 Jahren 2007 über kein oder nur ein sehr geringes Geld- und/oder Sachvermögen verfügte. Davon hatten 27 Prozent überhaupt keine Vermögenswerte; 3 Mio. private Haushalte waren sogar mehr oder weniger hoch verschuldet, in Summe mit 110 Mrd. Euro.²³ Hingegen besitzen die vermögendsten zehn Prozent der Bevölkerung insgesamt einen Anteil am gesamten Nettovermögen von mehr als 60 Prozent. Die vermögendsten 20 Prozent der Bevölkerung kommen auf 80 Prozent des Nettovermögens. Und die obersten ein Prozent, also die Allerreichsten in Deutschland, verfügen über knapp ein Viertel des Netto-Gesamtvermögens.²⁴ Diese sehr ungleiche Vermögensverteilung zeigt sich auch in einem hohen Gini-Koeffizienten.²⁵ Dieser lag 2007 bei 0,799 und ist damit nicht weit vom Maximalwert von 1 entfernt.²⁶

²³ Vgl. Institut für Finanzdienstleistungen e.V., Stiftung für private Überschuldungsprävention, Überschuldungsreport Deutschland 2010.

²⁴ Vgl. Frick, Joachim R., Grabka, Markus, Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht Nr. 4/2009, S. 54-67.

²⁵ Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichheit. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

²⁶ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Jahresgutachten 2009/10, Wiesbaden 2009, S. 325.

8. FOLGEN DER NEOLIBERALEN UMWERTILUNGEN

Die Umverteilung des Volkseinkommens zu den Besitzeinkommen und die sich daraus aufbauenden Vermögensbestände und -konzentrationen hatten mehrere katastrophale Folgen: So wurden die seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr *liberalisierten Finanzmärkte* aufgebläht, verstärkt noch durch einen angeblich notwendigen *Ausbau der privaten Altersvorsorge*.²⁷ Dies führte zu einer Erhöhung der Pensionsfonds.²⁸ Betrug das gesamte weltweite liquide *Finanzvermögen* 1980 noch 12 Billionen US-Dollar, so lag der Wert 2007 bei rund 196 Billionen US-Dollar. Dies entspricht in 27 Jahren einer Steigerung von weit über 1.500 Prozent! Das weltweite Bruttosozialprodukt konnte da nicht mithalten. Von 1980 bis 2007 legte es nur um 450 Prozent zu. Betrug das Verhältnis zwischen Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen 1980 noch 1 zu 1,2, so war die Relation 2007 auf 1 zu 3,6 angestiegen. Selbst 2008, als das Finanzvermögen durch die Finanzkrise um 16 Billionen zurückgegangen war, lag das Verhältnis immer noch bei 1 zu 3,0 (Tabelle 6).

Im Jahr 2008 hätte die Weltbevölkerung demnach drei Jahre arbeiten müssen, um Güter und Dienstleistungen im Gegenwert des kumulierten Finanzvermögens zu produzieren. Man wollte aber nicht durch *Arbeit*, das heißt über eine realwirtschaftliche Produktion, durch den Einsatz von Mensch und Sachkapital, eine nachhaltige Wertschöpfung generieren. Anlageziel des durch Umverteilung und Geldschöpfung geschaffenen und konzentrierten Geldes war vielmehr die kurzfristige Erzielung von zumeist zweistelligen Renditen (Profitraten) durch *Spekulation* unter Berücksichtigung eines *Leverage-Effektes*²⁹ an den liberalisierten und globalen Finanzmärkten. Alles, was sich dazu eignete, wurde zum Handelsobjekt dieses Geldes: Aktien, Währungen, Immobilien, Rohstoffe, ganz oder teilweise aufgekaufte Unternehmen und jetzt sogar Staaten.

²⁷ Vgl. dazu kritisch Bontrup, Heinz-J., Demografiewandel benötigt keine Privatisierung – sondern Verteilungssolidarität, in: *Arbeit: Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, Heft 1/2009, S. 19-32.

²⁸ Vgl. Liebert, Nicola, Die guten Kapitalisten: Pensionsfonds nehmen Einfluss auf Konzerne und Politik, in: *Le Monde diplomatique*, September 2007, S. 11-12.

²⁹ Beim *Leverage-Effekt* kann durch zusätzliche Verschuldung immer dann die *Eigenkapitalrendite* gehoben werden, wenn der Zinssatz für aufgenommenes Fremdkapital kleiner ist als die Gesamtkapitalrendite.

Tab. 6: **Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen**

(in Billionen US-Dollar)

Jahr	1980	1990	2000	2005	2006	2007	2008*
Bruttosozialprodukt	10	22	32	45	49	55	60
Finanzvermögen	12	43	94	142	167	196	180
Verhältnis	1,2	2,0	2,9	3,1	3,4	3,6	3,0

Quelle: Mc Kinsey (2008). * Schätzung.

Überhand nehmende *Spekulationen* und die hieraus kurzfristig gezahlten Renditen sind letztlich aber nicht durch in der produzierenden Realwirtschaft geschaffene Produktivitäten gedeckt. So können sich die spekulativen Finanzmärkte gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur *relativ entkoppeln*; völlig lösen können sie sich nicht. Die *Quelle allen Mehrwerts* (Gewinne, Zinsen sowie Miet- und Pachteinkommen) liegt letztlich in der Wertschöpfung durch menschliche Arbeit und Naturgebrauch. An den Finanzmärkten werden Werte verteilt, aber keine Werte geschaffen. Und noch etwas Entscheidendes kommt hinzu: Hinter jedem ersparten Überschuss oder auch einer über Kredite geschaffenen Geldschöpfung, also hinter jeder Forderung, müssen Schulden bzw. Verbindlichkeiten stehen. Wenn ein Euro gespart oder fiktiv geschöpft wird, muss dieser Euro einen Schuldner finden, der dafür Zinsen zahlt. Der Saldo aus Ersparnis und Schulden in einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Auslandsaktivitäten ist immer gleich Null.³⁰

Wenn aber zu viel Ersparnis und durch Geldschöpfung geschaffenes Geld nach profitablen (spekulativen) Anlagen (auch im Ausland) sucht, treibt das die Vermögenswerte in unrealistische Höhen. Es kommt zu *Vermögenspreisinflationen*, nicht zu verwechseln mit Güterpreis-inflationen. Dieser Effekt verstärkt sich noch, wenn die *Manager in den Finanzinstitutionen* an den Anlagen kurzfristig verdienen bzw. wenn sie damit ihre Einkommen (Bonis) steigern (maximieren) können. Den Gläubigern mit ihren aufgeblähten Finanzvermögen müssen außerdem hinreichende *solvente Kreditnehmer* (gute Schuldner) gegenüberstehen. Dies ist aber völlig unrealistisch, zumal es zuvor zu einer größeren Umverteilung von unten nach

³⁰ Es sei denn, eine offene Volkswirtschaft erzielt *Exportüberschüsse* und das Ausland übernimmt dadurch die Schuldnerposition. Dies ist aber langfristig für alle Länder keine Lösung. Allenfalls kurzfristig für wenige, wie auch für Deutschland, die damit auf Kosten der Länder mit negativen Leistungsbilanzen leben und somit auch einen Export an Arbeitslosigkeit betreiben.

oben gekommen ist. Dadurch werden schließlich Banken und Finanzinvestoren bei der Kreditvergabe immer risikobereiter und spekulativer. Es kommt realiter sogar zu Anlagebetrug, Bilanzfälschungen, Korruption der Analysten und Aufsichtsinstanzen.

Der Kredit pervertiert am Ende zur Handelsware in Form von völlig intransparenten Verbriefungen. Ein massiver Verstoß gegen die Vertrauensregel im Bankensektor. Alles dies konnte beim Platzen der US-amerikanischen Finanzmarktblase, der so genannten *Subprime-Kredite*, studiert werden (vgl. dazu ausführlich das Kap. 10). Und noch etwas war zu beobachten, schreibt der Soziologe Christoph Deutschmann: Die finanziellen Instinkte der gutsituierten Mittelstandsbürger und die heute gegebene *Psychologie des Geldes*.

„Geld ist nicht bloß ‚Indikator‘ der sozialen Position eines Individuums, sondern begründet diese Position selbst unmittelbar, indem es – in seiner Eigenschaft als ‚Vermögen‘ – umfassende Zugriffsrechte auf den gesellschaftlichen Reichtum eröffnet. Wer Geldvermögen hat, übt sozialen Einfluss nicht kraft seiner Reputation oder seines gesellschaftlichen Ranges aus, sondern verfügt über ein generalisiertes Machtpotenzial, das scheinbar gänzlich ohne soziale Vermittlungen auskommt. (...) So wird das Geld zum Vehikel einer narzisstischen Selbstüberhöhung nach dem Motto: Was mein Geld kann, das kann und bin ich. Dem Vermögensbesitzer erscheint sein Geld als eine natürliche Erweiterung und Verlängerung seines Egos. Deshalb kann er, wenn die Börse abstürzt oder das Finanzamt sich meldet, dies nur als Beschädigung des innersten Kerns seiner Persönlichkeit empfinden. Solche Selbstinszenierungen scheinen besondere Resonanz bei sozialen Aufsteigern zu finden, die ihr Geld als ‚sauer durch eigene Arbeit verdient‘ wahrnehmen.“³¹

Neben der vermehrten *Aufblähung der Finanzmärkte* durch die Umverteilung von unten nach oben war der Anteil am Volkseinkommen, der auf die Arbeitnehmerentgelte entfiel, in Relation zu den immer produktiver hergestellten Waren zu gering, um diese zu kaufen bzw. nachzufragen. „Die verfügbare private Nachfrage aus Lohneinkommen ist in den letzten Jahren auf nur noch gut ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gesunken und kann somit die Binnennachfrage nicht beleben.“³² Wenn dann in Summe das Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, die Arbeitsplatzvernichtung durch steigende Produktivität zu kompensieren und die neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Personen zu absorbieren, dann steigt die Arbeitslosigkeit. Diese drückt weiter das Wachstum, schwächt die Gewerkschaften

³¹ Deutschmann, Christoph, Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten, in: Working Paper 08/05 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln 2008, S. 11.

³² Schäfer, Claus, Zukunftsgefährdung statt Krisenlehren, a.a.O., S. 636.

und senkt die Arbeitseinkommen per Umverteilung noch mehr. Ein Teufelskreis! Außerdem gerät der Staat durch das geschwächte Wachstum unter Druck. Die Steuereinnahmen sinken, gleichzeitig muss die öffentliche Hand für die Arbeitslosen mehr verausgaben. In Folge kommt es zu Staatsverschuldung – zusätzlich noch durch gesetzliche Steuerensenkungen³³ angeheizt. Einen Ausgleich, wenn auch keinen hinreichenden, für die *fehlende Binnennachfrage* gibt es allerdings, wie bereits aufgezeigt, durch die *Auslandsnachfrage*³⁴ – zumindest in den Exportüberschussländern wie insbesondere China und Deutschland.³⁵ Damit konnte das Problem niedriger Löhne, die zu einem Rückgang der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und des Wachstums geführt haben, zumindest teilweise für einige Länder vermeintlich gelöst werden. Exportüberschüsse für die einen bedeuten aber Defizite in ihren Leistungsbilanzen für die anderen. Für alle Länder ist also auch dies keine Lösung. Im Gegenteil, es führt auch hier unweigerlich in die Krise (vgl. dazu ausführlich das Kap. 12).

³³ So sind in Deutschland seit 1998 (ohne Konjunkturreffekte) die *Steuern* von 2000 bis 2010 um gut 490 Mrd. Euro nur durch *Steuergesetzänderungen* gesenkt worden. Überwiegend die Unternehmenssteuern. Vgl. Eicker-Wolf, Kai, Truger, Achim, *Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen*, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt a.M. 2010. Aber auch *international* werden die Unternehmenssteuern weiter überwiegend zu *Lasten der indirekten Steuern* (wie der Umsatzsteuer) gesenkt, stellt eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG fest. Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 18.10.2010, S. 25.

³⁴ Vgl. Dauderstädt, Michael, Hillebrand, Ernst, *Exporteuropameister und die Krise*, in: WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009, Schrooten, Mechthild, Teichmann, Isabel, *Export wieder auf Touren – Binnennachfrage muss nachziehen*, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 35/2010, S. 2-8; Dullien, Sebastian, *Ungleichgewichte im Euro-Raum. Akuter Handlungsbedarf auch für Deutschland*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010.

³⁵ Innerhalb der *Europäischen Union* erzielten die EU-26 ohne Deutschland von 2001 bis 2008 ein kumuliertes Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 890,6 Mrd. Euro. Mit Deutschland verringerte sich das Defizit auf 190 Mrd. Euro, weil wir alleine zwischen 2001 und 2008 einen Leistungsbilanzüberschuss von 700,6 Mrd. Euro erzielt haben. Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, *Memorandum 2009*, S. 66ff. und 238. Ins Ausland hat es in Folge der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse insgesamt von 1991 bis 2008 (trotz zeitweiliger Leistungsbilanzdefizite wegen der Wiedervereinigung) einen Kapitalexport in Höhe von fast 749 Mrd. Euro gegeben (Tabelle 8).

9. GESAMTWIRTSCHAFTLICHES ERGEBNIS

Das Endergebnis dieser verhängnisvollen Entwicklung zeigt sich dann in der *gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz*. Der Reichtumszuwachs der einen sind die Schulden der anderen. Der Saldo ist Null. Ebenfalls gilt dabei unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten die Ex-post-Gleichung, dass die Summe der Nettoinvestitionen I_n (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) immer gleich groß der Summe der Ersparnisse S ist ($I_n = S$). Dabei sei daran erinnert, dass in S der Außenbeitrag (Export minus Importe) und die Vermögensübertragungen vom und an das Ausland enthalten sind. Die gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz lässt die Kanäle erkennen, über die die einzelnen Sektoren als Gläubiger einerseits Finanzierungsmittel bereitstellen und sich andererseits Schuldner Kredite beschaffen.

Tab. 7: **Sektorale Finanzierungsüberschüsse und -defite im Jahr 2009**
(in Mrd. Euro)

	Nichtfinanzielle Sektoren				Finanz- sektor*	Alle Sektoren
	PH	U	St	A		
Nettoinvestitionen	36,02	9,94	-0,02	-	-1,12	44,82
Ersparnis**	186,12	29,84	-79,34	-119,66	27,86	44,82
Finanzierungs- überschuss/-defizit	150,10	19,90	-79,32	-119,66	28,98	0

PH = Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck, U = Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, St = Gebietskörperschaften plus Sozialversicherungen, A = Ausland, *Geschäftsbanken, Deutsche Bundesbank, Bausparkassen und Versicherungen, **Inkl. Nettovermögensübertragungen Ausland und Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern, Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

So betragen die über die Ersparnis finanzierten Nettoinvestitionen im Jahr 2009 insgesamt 44,82 Mrd. Euro. Schuldner waren nur der Staat und das Ausland mit 79,32 Mrd. bzw. 119,66 Mrd. Euro (Tabelle 7). Ein Blick auf die gesamte Entwicklung in Deutschland zeigt hier bei den privaten Haushalten einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck von 1991 bis 2009 einen Vermögenszuwachs von weit über 1,8 Billionen Euro. Neben den privaten Haushalten erzielten auch die Finanzinstitute (Banken inkl. Deutscher Bundesbank und Bausparkassen sowie Versicherungen) von 1991 bis 2009 einen Überschuss, er lag bei fast 258 Mrd. Euro (Tabelle 8).

**Tab. 8: Gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung und ihre Finanzierung*
von 1991 bis 2009**

(Finanzierungssalden in Mrd. Euro)

Jahr	Private Haushalte**	Nichtfinanzielle Kapital-Unternehmen	Finanzinstitute***	Staat****	Ausland
1991	76,4	- 66,9	11,2	- 43,8	+ 23,1
1992	79,0	- 62,9	6,0	- 40,7	+ 18,6
1993	72,5	- 46,1	6,8	- 50,9	+ 17,8
1994	51,8	- 49,5	10,2	- 40,9	+ 28,4
1995	56,8	- 30,2	8,3	- 58,8	+ 24,0
1996	61,7	- 14,8	3,2	- 62,5	+ 12,3
1997	62,8	- 26,8	6,0	- 50,6	+ 8,6
1998	68,0	- 34,0	- 4,7	- 42,7	+ 13,4
1999	69,4	- 70,3	6,2	- 29,3	+ 24,0
2000*****	75,4	- 137,1	8,0	27,1	+ 26,7
2001	97,3	- 41,4	2,8	- 59,6	+ 0,9
2002	101,3	3,4	19,6	- 78,3	- 45,9
2003	125,1	- 10,2	17,1	- 87,3	- 44,8
2004	133,4	32,7	23,9	- 83,5	- 106,5
2005	144,7	21,8	24,5	- 74,2	- 116,8
2006	136,8	23,3	32,3	- 38,1	- 154,3
2007	136,2	26,0	25,8	4,7	- 192,7
2008	141,2	2,0	21,4	1,0	- 165,6
2009	150,1	19,9	29,0	- 79,3	- 119,7
Summe	1.839,9	- 461,1	257,6	- 887,7	- 748,7
JD	96,8	- 24,3	13,6	- 46,7	- 39,4

* Ersparnis – Sachvermögensbildung (Nettoinvestitionen) = Finanzierungssaldo. Der Ausgleich der sektoralen Finanzierungssalden erfolgt über Kapitalimporte und Kapitalexporte mit dem Ausland (Kapitalimport = Positivsaldo; Kapitalexport = Negativsaldo), ** Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck, *** Geschäftsbanken, Deutsche Bundesbank, Bausparkassen und Versicherungen, **** Gebietskörperschaften plus Sozialversicherungen, ***** Im Jahr 2000 einschließlich der Verkäufe von UMTS-Lizenzen durch den Staat an nichtfinanzielle Unternehmen (sog. nichtproduzierte Vermögensgüter), Quelle: Deutsche Bundesbank, Datenstand: Juni 2010.

Den beiden *Gläubiger-Sektoren* (private Haushalte und Finanzinstitute) mit ihren Vermögensbeständen stehen die Schuldner, die Kreditnachfrager, gegenüber. Ohne diese Schuldner können die Vermögenden ihr Kapital nicht gewinnbringend verwerten. Klassische Kreditnachfrager sind hier die produzierenden Unternehmen der so genannten Realwirtschaft (nichtfinanzielle Kapitalunternehmen). Sie benötigen einerseits für ihren laufenden Geschäftsbetrieb und für ihre Investitionen entsprechende Kredite, andererseits schütten sie aber auch ihre realisierten Gewinne an die privaten Anteilseigner aus. So haben die Unternehmen von 1991 bis 2009 zwar insgesamt gut 460 Mrd. Euro Schulden aufgehäuft, diese waren aber gleichzeitig die Vermögensüberschüsse der privaten Haushalte und der Finanzinstitute. In den Jahren von 2004 bis 2009 erzielten dabei paradoxerweise sogar die nichtfinanziellen Kapitalunternehmen auf Grund einer exzellenten Gewinnsituation nach Abzug aller getätigten Investitionen, Verbindlichkeiten und Gewinnausschüttungen noch einen in den Unternehmen verbliebenen Vermögensüberschuss in Höhe von fast 126 Mrd. Euro (Tabelle 8).

Der größte Schuldner in der gesamtwirtschaftlichen Rechnung ist aber der so viel gescholtene staatliche Sektor. Die *Staatsverschuldung* des Bundes, der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungshaushalte nahm von 1991 bis 2009 um fast 890 Mrd. Euro zu (Tabelle 8). Diese Verschuldung (öffentliche Armut³⁶) reichte aber neben den Verbindlichkeiten der produzierenden Wirtschaft bei weitem noch nicht aus, um die auf der anderen Seite enorm gestiegenen Vermögensbestände der privaten Haushalte und des finanziellen Sektors über Kredite zu absorbieren. Zusätzlich waren noch *Verbindlichkeiten von ausländischen Schuldnern* in Höhe von fast 750 Mrd. Euro notwendig (Tabelle 8). Hier zeigen sich spiegelbildlich die hohen Leistungsbilanzüberschüsse und damit die Kapalexporte³⁷ der deutschen Wirtschaft, die andere Länder mit Leistungsbilanzdefiziten und damit Kapitalimporten finanzieren müssen.

³⁶ Vgl. Bach, Stefan, Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 50/2010, S. 2-8.

³⁷ Der *Saldo der Leistungsbilanz* und der *Saldo der Kapitalbilanz* sind immer gleich Null.

10. AUSBRUCH DER US-SUBPRIME-KRISE

In den USA, der größten und mächtigsten Volkswirtschaft der Welt, wurde auf die neoliberale Umverteilungskrise nach dem Zusammenbruch der New Economy im Jahr 2000 und dem Anschlag auf die „Zwillingstürme“ 2001 mit einer extremen Ausweitung der Kreditvergabe an private Haushalte reagiert – insbesondere Kredite für Immobilien. So hoffte man, den drohenden Wachstumseinbruch aufzufangen, der auch weite Teile des gehobenen Mittelstands massiv getroffen hätte. US-Regierungen haben schon immer auf großzügige Kreditvergabe gesetzt, „wenn sie die ökonomischen Abstiegsängste der Mittelschicht nicht direkt bekämpfen konnten.“³⁸ Bei Immobilien war es nicht allzu schwer, „die Menschen, die den ‚amerikanischen Traum‘ vom eigenen Grund und Boden hegen, vom Nutzen dieser Form des Schuldenmachens zu überzeugen. Der Anreiz war besonders wirksam, weil zuvor viele US-Bürger auf die Internetblase hereingefallen und ein Finanzdebakel erlebt hatten. Sie suchten nun nach anderen Investitionsmöglichkeiten. Nachdem das Kontingent an ‚gesunden‘ Kreditnehmern relativ rasch ausgeschöpft war, musste der wachsende Markt unter allen Umständen weiter gestützt werden. Deshalb suchten die Händler mit Immobilienkrediten ihren Kundenkreis zu erweitern: Ökonomisch ‚kranke‘ Kreditnehmer? Kein Problem: Sie wurden einfach für tauglich befunden. Die Käufer strömten in Scharen auf den Markt, die Preise gingen ständig in die Höhe.“³⁹ Warum sollten die privaten Häuserkäufer, selbst die der Kategorie „Kein Einkommen, kein Job, kein Vermögen“, Angst vor Schulden haben? Schließlich wurden doch die Tilgungsraten neben den fällig werdenden niedrigen Zinsen, wie es zumindest den Anschein hatte, schon aus den *Vermögenspreissteigerungen* ihrer Häuser abgedeckt. Und selbst wenn ein Schuldner einmal seine Annuität nicht bezahlen konnte,

³⁸ Sturn, Simon, van Treeck, Till, Gefährliche Ungleichheit, in: *Le Monde diplomatique*, Dezember 2010, S. 1.

³⁹ London, Frederic, Die Mechanik der Finanzkrise, in: *Le Monde diplomatique*, September 2007, S. 9.



ließ sich die Immobilie locker mit Gewinn verkaufen, und alles wird gut. Platzen allerdings die „drittklassigen“ Kredite massenhaft und das Vertrauen in ein schier unbegrenztes Wachstum an den Immobilienmärkten schwindet, bricht die Krise über alle herein. Es werden gigantische Wertberichtigungen fällig, die am Ende die gesamte Wirtschaft in die Krise stürzen. Dieser zwingende Krisenmechanismus hätte seriösen und ökonomisch sachkundigen (gesamtwirtschaftlich denkenden) Kreditgebern von Anfang an klar sein müssen. Sie waren aber nicht seriös und dachten vor allen Dingen nicht gesamtwirtschaftlich, sondern nur einzelwirtschaftlich an ihren Profit.

Hinzu kam, dass die Banken vor dem Hintergrund der *neoliberalen Umverteilung* auf einer enormen *Liquidität ihrer Anleger (Gläubiger)* saßen, die ihr Geld mit Gewinn verwertet sehen wollten (Tabelle 6). So wurden die Kredithähne bis zum Anschlag aufgedreht. Das immer größer werdende *Risiko* der „faulen“ Kredite wurde gestreut (diversifiziert). Hierzu sind von den „Bankstern“,⁴⁰ wie der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt die Banker in den 1920er Jahren respektlos nannte, „*Schuldtitel-Strategien*“ entwickelt worden. „Gute“ und „schlechte“ Kredite wurden in Wertpapieren zusammengeführt (verbrieft), in kleine intransparente „Pakete“ verpackt, und als so genannte innovative „Finanzprodukte“ in alle Welt verkauft. Damit verschwanden zu einem Großteil die problematischen Kredite aus den Bilanzen der sie ursprünglich verleihenden Banken. Sie wanderten dafür in die Bilanzen der diese „toxischen“ Papiere aufkaufenden Banken und Finanzinvestoren – viele offensichtlich auch in *deutsche Landesbanken* und insbesondere in die deutsche *Hypo Real Estate*. Aber warum kauften die Finanzinvestoren (Investmentbanker, die der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt quasi als Kriminelle bezeichnet⁴¹) solche undurchsichtigen Papiere? Erstens standen auch sie unter dem *Druck ihrer vermögenden Anleger*, durch „Zocken“, wie im Spielcasino, Höchstrenditen an den Finanzmärkten zu erzielen. Zweitens verdienten sie selbst mit unverschämten hohen Bonizahlungen ein Vermögen. Und drittens hatten sie trotz der gezahlten Höchstehkommen offensichtlich keine Ahnung, was sie da an „toxischen“ Papieren einkauften und auch wieder verkauften. Gier und Dummheit gleichzeitig trieben sie an.

Anfang 2007 begann die *US-amerikanische Notenbank*, die zuvor mit einer expansiven Geldpolitik für niedrige Leitzinsen und einen noch forcierten Verschuldungskurs gesorgt hatte, wegen *allgemeiner Inflationssorgen* in der US-amerikanischen Wirtschaft den Leitzins

⁴⁰ In Anspielung auf den Begriff von Roosevelt und das Bankenverhalten in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise vergleiche Rügemeier, Werner, Bankster vor Gericht. Kollektive Unschuld und systemische Kriminalität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2010, S. 72-84.

⁴¹ Vgl. Helmut Schmidt im Interview mit Rüdiger Grube, in: mobil Deutsche Bahn, Heft 9/2010, S. 10.

wieder leicht um jeweils 0,25 Prozent zu erhöhen. Sofort stiegen um ein Vielfaches die Sollzinsen für Immobilienkredite. Viele Schuldner wurden über Nacht zahlungsunfähig. Allein im ersten Quartal 2007 meldeten 14 Prozent der Subprime-Kreditnehmer eine private Insolvenz an.⁴² Als dann schließlich Mitte 2007 ein größerer Finanzinvestor, die Investmentbank Bear Stearns, einen zu „toxischen“ Immobilienfonds schließen und der Immobilienfinanzierer American Home Mortgage (AHM) einen Antrag auf Gläubigerschutz stellen musste, brach im August 2007 die US-Subprime-Krise offen aus. Zu dem Zeitpunkt sprachen deutsche Politiker noch von einer exzellenten Konjunkturentwicklung. Der SPD-Außenminister, Frank Steinmeier, sprach sogar von einem „neuen Wirtschaftswunder“ in Deutschland.

Gleichzeitig mit den Subprime-Immobilienkrediten wurden in den USA die Steuern für die Mittelschichten, aber insbesondere für Reiche, gesenkt und die Staatsausgaben für Rüstung (Irak-Krieg und Terrorbekämpfung) explodierten. Die Folge war ein kräftiger *Anstieg der Staatsverschuldung*. Außerdem importieren die USA seit Langem mehr als sie exportieren. Bei einer nur niedrigen gesamtwirtschaftlichen Sparquote sind sie daher massiv auf Kapitalimporte zur Finanzierung ihrer Nettoinvestitionen angewiesen. Das meiste Geld kommt dabei aus *China*, dem größten Kreditgeber der USA. Wegen seines großen Handelsbilanzüberschusses ist China mittlerweile sogar das Land mit den weltgrößten Devisenreserven in Höhe von 2,6 Billionen US-Dollar, mit denen es weltweit auf Einkaufstour geht.⁴³ Dem stehen in China eine menschenverachtende Ausbeutung der Beschäftigten, ein gigantischer Raubbau an der Natur sowie ein künstlich niedrig gehaltener Yuan gegenüber.

Die *Schulden der USA* garantierten aber nicht nur für China, sondern auch für andere Länder, insbesondere für *Deutschland*, hohe Exportüberschüsse (Tabelle 4). In den Überschussländern wurde dabei ein Teil der Umverteilung zu den Besitzeinkommen in Form abgesenkter Exportpreise zum Vorteil im internationalen Wettbewerb eingesetzt. Der Preis dafür war aber in Deutschland eine nur *schwache Binnenwirtschaft* mit relativ niedriger Importquote. Insgesamt kann man somit sagen, dass die Länder mit hohen Exportüberschüssen als neoliberale „Trittbrettfahrer“ agierten, da sie ihr Wachstum wesentlich nicht aus eigener, binnenwirtschaftlicher Kraft zogen, sondern aus der Verschuldungsbereitschaft der Länder mit Leistungsbilanzdefiziten.

⁴² Lordon, Frederic, Die Mechanik der Finanzkrise, a.a.O., S. 10.

⁴³ Roth, Hanna, China geht in Europa auf Einkaufstour, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 05.01.2011, S. 11.

11. DAS ENDE VON UMVERTEILUNG UND VERSCHULDUNG?

Das Wachstumsmodell der USA, das fast ausschließlich auf Pump basierte, musste irgendwann zusammenbrechen. „Ganz folgerichtig war die USA auch der Auslöser der Finanzkrise, denn im Schuldenland Nr. 1 platzte zuerst die Spekulationsblase am Immobilienmarkt und dann im ganzen Finanzsektor.“⁴⁴ Wohlgermerkt, die USA waren der Auslöser, nicht der Verursacher der größten weltweiten Krise seit achtzig Jahren, die sich in *drei Krisenphasen* mit jeweils drei zeitlich fixierten Startpunkten einteilen lässt.

- **August 2007** Der offene Ausbruch der US-Subprime-Krise
- **September 2008** Der Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers
- **Mai 2010** Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum

Als es im August 2007 in den USA zum offenen *Ausbruch der Finanzkrise* durch das Platzen der Immobilienblase („Subprime-Blase“) kam, war das Wachstumsmodell von Umverteilung und Verschuldung in den USA am Ende. Die globalen Geldmächtigen trauten ihren Schuldnern nicht mehr. Der Zusammenbruch des zuvor spekulativ angeheizten US-amerikanischen Immobilienmarktes führte zu einer sprunghaft gestiegenen Risikoaversion der Plutokraten und zunächst auf den *Interbankenmärkten* zu einem beträchtlichen Anstieg der Zins-Risikoprämien auf breiter Front. Im Verlauf des Jahres 2008 spitzten sich die Ereignisse an den Finanzmärkten und im Bankenbereich dramatisch zu. Die *Preise* für Vermögensgüter wie Aktien, Anleihen und Immobilien verfielen immer schneller. Die *Banken* sahen sich enorm hohen Wertberichtigungen ausgesetzt. Die Insolvenzgefahren stiegen. Der Zusammenbruch bzw. die *Insolvenz der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers* und der Beinahe-Zusammenbruch des US-amerikanischen Versicherungskonzerns American International Group (AIG) im September 2008 offenbarte dann endgültig die ganze Schwere der Krise, die zu diesem Zeitpunkt zur *Systemkrise* wurde und fast zur „*kapitalistischen Kernschmelze*“ geführt hätte.

Für die *Übertragung der Finanzkrise auf Deutschland* spielte eine Rolle, dass gleich zu Beginn der Krise einzelne deutsche Kreditinstitute wie die *Commerzbank*, aber auch *Landesbanken* in eine existenzbedrohende Schiefelage kamen. Vor allem die *Hypo Real Estate*, die umfangreich

⁴⁴ Schuhler, Conrad, Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung, in: ISW Report Nr. 79, S. 11.

mit über 100 Mrd. Euro staatlich gestützt werden musste und Mitte 2009 schließlich in öffentliches Eigentum übergang. „Darüber hinaus sprach die Bundesregierung zur Verhinderung eines allgemeinen ‚Bank run‘ Anfang Oktober 2008 eine Garantie für alle privaten Spareinlagen aus. Eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems nahm der *Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung* ein, der Mitte Oktober 2008 eingerichtet wurde. Hierzu wurde ein Gesamtrahmen von 480 Mrd. Euro für die Garantiegewährung für Bankschuldverschreibungen, für Rekapitalisierungsmaßnahmen und für die Auslagerung problembehafteter Aktiva aus den Bankbilanzen bereitgestellt. Darüber hinaus schnürte die Bundesregierung im Winterhalbjahr 2008/2009 zwei umfangreiche *Konjunkturpakete* (und Anfang 2010 noch ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“), um mittels Steuer- und Abgabensenkungen, höherer Transfers, zusätzlicher öffentlicher Investitionen und Zuschüssen wie der Abwrackprämie für Autos die Binnennachfrage zu stimulieren. Um einer befürchteten *Kreditklemme* entgegenzuwirken, legte die Bundesregierung zudem ein Kreditbürgschaftsprogramm („Deutschlandfonds“) auf.“⁴⁵

Weltweit wurde in fast allen Ländern ähnlich „*bastard-keynesianisch*“ mit einem Deficit spending reagiert. Trotzdem konnte ein massiver konjunktureller Einbruch 2009 nicht verhindert werden. Auch nicht durch eine zusätzliche *expansive Geldpolitik* der Notenbanken. In Deutschland ging das reale Bruttoinlandsprodukt 2009 um 4,7 Prozent zurück. Gleichzeitig kam es zu einem enormen *Anstieg der Staatsverschuldung*. Das staatliche Defizit lag im Jahr 2009 bei 3,0 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts, und die Schuldenstandsquote stieg von rund 66 Prozent im Jahr 2008 auf 73,5 Prozent. Darüber hinaus wurden umfangreiche, nicht in die Schuldenmessung eingegangene Risiken im Rahmen von Staatsgarantien (Bürgschaften) übernommen. 2010 erholte sich die Realwirtschaft wieder. In Deutschland kam es zu einem erstaunlich starken realen Wachstumsschub in Höhe von 3,6 Prozent. Das staatliche Finanzierungsdefizit stieg 2010 aber auf 3,5 Prozent. Und auch die Schuldenstandsquote nahm weiter auf über 75 Prozent zu.

⁴⁵ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 10/2010, S. 21.

Tab. 9: **Entwicklung reales Bruttoinlandsprodukt und staatliche Finanzierungssalden**

(Veränderungsraten zum Vorjahr in Prozent)

	2009	2010
Deutschland		
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 4,7	3,6
Staatlicher Finanzierungssaldo*	- 3,0	- 3,5
Eurozone		
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 4,1	1,7
Staatlicher Finanzierungssaldo	- 6,3	- 6,3
Griechenland		
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 2,3	- 4,2
Staatlicher Finanzierungssaldo	- 15,4	- 9,6
Irland		
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 7,6	- 0,2
Staatlicher Finanzierungssaldo	- 14,4	- 32,3
Gesamte EU-27		
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 4,2	1,8
Staatlicher Finanzierungssaldo	- 6,8	- 6,6
USA		
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 2,7	2,7
Staatlicher Finanzierungssaldo	- 6,3	- 6,5
Japan		
Reales Bruttoinlandsprodukt	- 5,2	3,5
Staatlicher Finanzierungssaldo	- 11,2	- 11,3

*Staatsschulden in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Quelle: Statistisches Bundesamt, Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland, Wiesbaden 2011.

Exkurs: Zur Entwicklung an den Arbeitsmärkten

Die Auswirkungen der Krise führten auf den *Arbeitsmärkten* in Deutschland erstaunlicherweise „nur“ zu einem moderaten Anstieg der registrierten Arbeitslosenzahlen. Die jahresdurchschnittliche Zahl stieg 2009 um 155.000 auf gut 3,4 Mio. Arbeitsuchende. Zumeist traf es dabei Leiharbeiter und befristet Beschäftigte. Im Jahr 2005, vor dem konjunkturellen Aufschwung von 2006 bis 2008, lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen noch bei

4.863.000.⁴⁶ Auch die *tatsächliche Arbeitslosigkeit* ging zurück. Sie liegt aber dennoch viel höher als die in den Medien immer wieder verbreitete Zahl der registrierten Arbeitslosen. Im Oktober 2010 wurden demnach insgesamt 2.945.491 registrierte Arbeitslose (nach § 16 SGB III) ausgewiesen. In Wirklichkeit waren aber 1.114.746 Menschen zusätzlich – mehr oder weniger – vom Arbeitslosenstatus betroffen, so dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit bei 4.060.237 Menschen lag (Tabelle 10). Die Bundesagentur für Arbeit bezeichnet die Differenz als „*Unterbeschäftigung*“. Hinzu kommt noch die *Kurzarbeit*, in der sich 2009 jahresdurchschnittlich über 1,1 Millionen Personen befanden, wobei der Höhepunkt mit fast 1,5 Millionen im Mai 2009 erreicht wurde. Im April 2010 waren von Kurzarbeit noch 630.000 Personen betroffen.

Tabelle 10: **Tatsächliche Zahl der Arbeitslosen in Deutschland**

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Oktober 2010	4.060.237
Offizielle Arbeitslosigkeit	2.945.491
Nicht gezählte Arbeitslose	1.114.746
Vorruhestandsregelungen („58-Regel“)	86.644
Altersteilzeit	90.432
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	328.472
Berufliche Weiterbildung	212.322
Eignungsfeststellungs- u. Trainingsmaßnahmen	47
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte)	185.670
Gründungszuschuss/Einstiegs geld für Existenzgründer	153.351
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	29.042
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	2.248
Kranke Arbeitslose (§ 126 SGB III)	26.518

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Monatsbericht 10/2010, S. 67.

Eigentlich hätte 2009 die Zahl der Arbeitslosen bei unveränderter Produktivität und Arbeitszeit je Beschäftigtem in Anbetracht des real um 4,7 Prozent geschrumpften Bruttoinlandsproduktes um rund 1,9 Mio. ansteigen müssen. Vorübergehend eingeführte *Arbeitszeitverkürzungen* (Kurzarbeit, Abbau von Arbeitszeitkonten) und das „*Parken*“ von Beschäftigten zu

⁴⁶ 2005 erreichte dabei die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach der Wiedervereinigung ihren bisherigen Höchststand.

Lasten der betrieblichen Produktivitäten konnten allerdings vor dem Hintergrund der schon vor der Krise *bestehenden Massenarbeitslosigkeit* den endgültigen Kollaps an den Arbeitsmärkten verhindern. Dennoch fehlen in Deutschland, auch bei wieder anziehender Konjunktur, nach wie vor rund 5 Millionen Arbeitsplätze. In Anbetracht dessen von einer demnächst anstehenden Vollbeschäftigung und einer Fachkräftelücke zu reden, ist nichts als neoliberale Propaganda. Fachkräftemangel ist kurzfristig nicht in Sicht, stellt nüchtern eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin fest. „In manchen Branchen wird es eher eine Fachkräfteschwemme geben“, so das Institut.⁴⁷

Die bisher *größten Verlierer der Krise* sind – neben den abhängig Beschäftigten – die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten, wobei die Zahl der letzteren mit Einführung der „Agenda 2010“ im Jahr 2003 enorm zugenommen hat. Durch die massive Ausweitung von nicht existenzsichernder Teilzeit-Arbeit⁴⁸ stieg bei rückläufigem gesamtwirtschaftlichem Arbeitsvolumen zwar die Beschäftigung (in Köpfen gerechnet), gleichzeitig aber auch der *Niedriglohnsektor*. Inzwischen arbeiten über 6,5 Mio. abhängig Beschäftigte oder jeder fünfte für Niedriglöhne unter 8,50 Euro brutto je Stunde. Gut eine Million Beschäftigte bekommen sogar weniger als 5 Euro Bruttostundenlohn. Dadurch gibt es 1,4 Mio. Menschen in Deutschland, deren zu geringes Erwerbseinkommen durch Hartz IV aufgestockt werden muss.

Die Arbeitsmärkte sind durch die „Agenda 2010“ nicht besser geworden, wie die schwarzgelbe Bundesregierung und andere Neoliberale permanent behaupten, sondern schlechter, ja regelrecht kaputt gemacht worden. Es ist zu *anormalen Arbeitsangebotsfunktionen* gekommen. Auch die Beschäftigten mit einem „Normalarbeitsverhältnis“ als „Stammbelegschaftsbeschäftigte“ bekommen dies täglich zu spüren. Die Arbeitsbedingungen haben sich auch hier vielfach und nachhaltig verschlechtert. Nicht zuletzt sind die *realen Nettolöhne*, ganz in neoliberaler Intention, nicht mit der Produktivitätsentwicklung gestiegen, sondern in den vergangenen zehn Jahren um 4,5 Prozent zurückgegangen, so stark wie in keinem anderen Industrieland.⁴⁹

⁴⁷ Brenke, Karl, Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 46/2010, S. 2-16.

⁴⁸ Die *Teilzeit-Arbeit* stieg zwischen 2000 und 2009 um fast ein Drittel auf 12,4 Mio. und nahm auch im Krisenjahr 2009 um 270.000 weiter zu. Die Teilzeitquote lag damit 2009 bei 34,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten gegenüber 27,5 Prozent in 2000. Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ging dagegen von 2000 bis 2009 um 2,2 Mio. auf insgesamt noch 23,5 Mio. zurück (vgl. ver.di: Wirtschaftspolitische Informationen, Nr. 2, September 2010, S. 7).

⁴⁹ Vgl. Zweiter Globaler Lohnbericht der UNO-Arbeitsorganisation ILO, Genf 2010.

Dass dies letztlich alles möglich war, hat im Wesentlichen nur einen Grund: Die seit Mitte der 1970er Jahre bestehende *Massenarbeitslosigkeit*. Sie disziplinierte die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Die kurze Phase der Vollbeschäftigung in der Nachkriegszeit, es waren in Deutschland nur 12 Jahre, resultierte anfangs aus sehr hohen Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts. Doch konnte das „goldene Zeitalter“ des Wachstums und des „Wirtschaftswunders“ auf Dauer nicht aufrechterhalten werden. Die materiellen Grundlagen des Wachstums wurden immer mehr ausgeschöpft und der Konsum stieß an relative Sättigungsgrenzen, verstärkt noch durch die aufgezeigte Umverteilung von unten nach oben. An die Stelle des fordistischen expansiven Wachstumsmodells trat spätestens seit Beginn der 1980er Jahre ein Zeitalter niedriger Wachstumsraten.⁵⁰

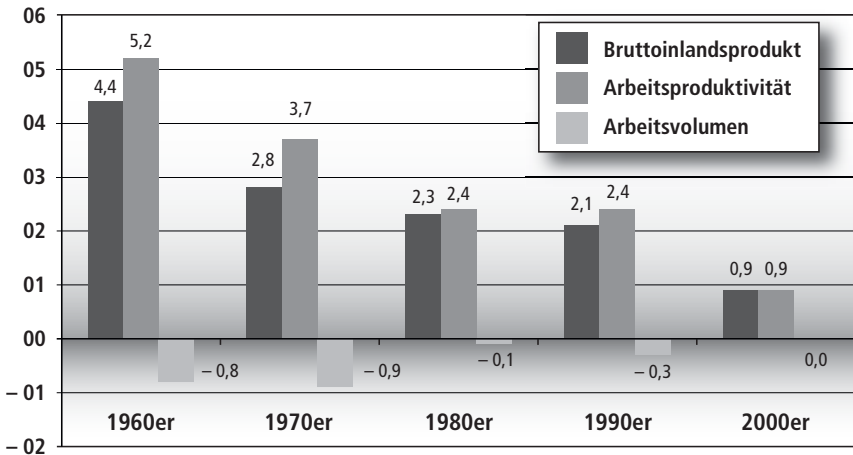
Von 1991 bis 2009 lag die reale Wachstumsrate in Deutschland nur noch bei jahresdurchschnittlich knapp 1,2 Prozent. Ist hier die Produktivitätsrate (A_{Prod}) größer als die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP), sinkt in Folge das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen (AV). Dies ist wiederum nichts anderes als die Zahl der Erwerbstätigen (EWT) multipliziert mit der Arbeitszeit je Erwerbstätigem (AZ_{EWT}). Wird dabei auf Grund eines rückläufigen Arbeitsvolumens die Arbeitszeit nicht reduziert, so muss die Zahl der Erwerbstätigen sinken und in Folge Arbeitslosigkeit entstehen.

$$A_{\text{Prod}} > \text{BIP}_r = \text{AV} \downarrow = \text{EWT} \downarrow * \text{AZ}_{\text{EWT}} \rightarrow \text{Arbeitslosigkeit}$$

In der alten Bundesrepublik ist selbst in der Phase des sogenannten „Wirtschaftswunders“ das Arbeitsvolumen gesunken – in den 1960er und 1970er Jahren sogar stärker als in den folgenden Jahren. Ohne die Einführung der *Fünftagewoche* und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 44,5 Stunden (1960) auf 40,5 Stunden (1973) wäre die kurze Phase der Vollbeschäftigung damals noch deutlich kürzer ausgefallen. *Dennoch wurden zur Zeit einer vollbeschäftigten Wirtschaft die Arbeitszeiten mit gleichzeitigen Einkommenssteigerungen reduziert, während in der langen Phase mit Massenarbeitslosigkeit die Arbeitszeiten verlängert und die Arbeitseinkommen nicht verteilungsneutral angehoben wurden.*

⁵⁰ Vgl. Reuter, Norbert, Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung, in: Seidl, Irmi, Zahrt, Angelika (Hrsg.), Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010, S. 85-102.

Schaubild 1: **Durchschnittliche Steigerung von Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsproduktivität und Arbeitsvolumen**



Quelle: Bundesamt für Statistik und eigene Berechnungen.

Dieser Tatbestand erklärt sich ausschließlich aus einer Stärke respektive einer Schwäche der Gewerkschaften. Ist Arbeit knapp, sind die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen in einer starken Position, et vice versa. Sie waren aber realiter vor dem Hintergrund der bestehenden Massenarbeitslosigkeit in einer schwachen Verhandlungsposition, woraus sich wiederum die Umverteilung von den primären Arbeits- zu den Besitzeinkommen aus Gewinnen, Zinsen, Mieten und Pachten erklärt. Der Anteil der Arbeitseinkommen L an der Wertschöpfung (dem Volkseinkommen Y) ging zurück. Die Lohnquote L/Y sank.

$$\text{Arbeitslosigkeit} \rightarrow L/Y \downarrow \rightarrow P/Y \uparrow \rightarrow P/K \uparrow$$

Damit konnte die *Profitquote* P/Y , der Anteil aus Gewinnen, Zinsen, Mieten und Pachten am Volkseinkommen, als reziproke Größe steigen. Gleichzeitig konnte im Interesse des Kapitals die *Profitrate* P/K ,⁵¹ die Summe aus realisierten Gewinnen, Zinsen, Mieten und Pachten im Verhältnis zum jeweils eingesetzten Kapital K , nicht nur gesteigert, sondern sogar über den Durchschnitt der 1970er und 1980er Jahre angehoben werden.⁵²

⁵¹ Die Profitrate P/K ergibt sich dabei aus der Relation von Arbeitsproduktivität Y/A und Kapitalintensität K/A = Kapitalproduktivität Y/K . Sinkt dabei die Kapitalproduktivität, so muss, soll die Profitrate nicht sinken, die Lohnquote L/Y zurückgehen.

⁵² Vgl. Görgens, Hartmut, Sind die Löhne in Deutschland zu hoch? Zahlen, Fakten, Argumente, Marburg 2007, S. 285ff.

12. DER VORLÄUFIG LETZTE AKT

Die vor der Krise so vehement von den Neoliberalen abgelehnten, dann aber doch praktizierten „*bastardkeynesianischen*“ Maßnahmen zeigten 2010 Wirkung. Die weltweite Konjunktur zog wieder um rund 5 Prozent an. Auch Deutschland konnte ein reales Wachstum von 3,6 Prozent verzeichnen. Trotz der konjunkturell positiven Entwicklung kam es ab Mai 2010 aber infolge der krisenbedingt angestiegenen *Staatsverschuldung* bei einigen *Euroländern*, den so genannten *PIIGS-Staaten* (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien), insbesondere aber in Griechenland, zu einer *staatlichen Finanzierungskrise*. Ende 2010 musste auch die *irische Regierung* Liquiditätsprobleme im Staatshaushalt eingestehen. Die Finanzmärkte, genauer die weltweiten Anleger (Plutokraten), hatten offensichtlich massive Zweifel an der ökonomischen Zuverlässigkeit der Schuldnerstaaten, zumal auch ihre *Leistungsbilanzen* negativ ausfielen. Das Ergebnis waren kräftige Zins-Risikoaufschläge bei Staatsanleihen. „Es dauerte Wochen, bis die europäische Staatengemeinschaft aktiv wurde. Erst als nicht mehr zu ignorieren war, dass sich die Finanzierungsprobleme Griechenlands nicht durch schieres Weggucken in Luft auflösen würden, wurde gehandelt: Neben einem Hilfspaket für Griechenland und Stützungskäufen griechischer Staatsanleihen von Seiten der EZB wurde am 10. Mai 2010 ein auf drei Jahre befristeter *Rettungsschirm im Umfang von 750 Milliarden Euro* errichtet. Dieser Rettungsschirm umfasst 60 Milliarden Euro sofort verfügbare Mittel aus dem EU-Haushalt, 250 Milliarden des Internationalen Währungsfonds und Bürgschaften der Euro-Staaten, seit Anfang Juni im Rahmen der neu gebildeten European Financial Stability Facility (EFSF), in Höhe von 440 Milliarden Euro.“⁵³

Als erstes Land hat *Irland* den Rettungsfonds in Anspruch genommen, da für Griechenland zuvor von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein eigenes Rettungspaket in Höhe von 110 Mrd. Euro zu einem Zinssatz von 4 Prozent p.a. geschnürt worden war. Das gesamte Paket für Irland umfasst Kredite in Höhe von 85 Mrd. Euro, wovon 35 Mrd. Euro direkt zur Sanierung in irische Banken fließen und 50 Mrd. Euro in den irischen Staatshaushalt. Die irische Regierung rechnet für den Kredit von 85 Mrd. Euro mit durchschnittlichen Zinskosten in Höhe von 5,8 Prozent p.a. Neben der Rückzahlung der Kredite nebst Zinsen verlangt die EU von allen Ländern, die Gelder aus dem europäischen Rettungsfonds beanspruchen bzw. erhalten, einen *Austeritäts- bzw. Spar- und Konsolidierungskurs*. Dieser Kurs wird aber auch, unabhängig von einer Inanspruchnahme des Rettungsfonds, von allen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion (EWU) mehr oder weniger eingefordert, da in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise die öffentlichen Schulden zu stark gestiegen

⁵³ DIW-Wochenbericht, Nr. 1-2/2011, S. 12.

seien.⁵⁴ Die EU verlangt deshalb zukünftig eine strikte Einhaltung des *Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes* (SWP). In Deutschland kommt noch die Einhaltung der gegenüber dem SWP verschärften *deutschen „Schuldenbremse“* hinzu.⁵⁵

Da der festgelegte europäische Rettungsfonds aber nur eine Laufzeit bis 2013 hat und die Turbulenzen an den Finanzmärkten nicht abnehmen, haben sich im Dezember 2010 die EU-Staats- und Regierungschefs zusätzlich noch auf die *Einführung eines dauerhaften Rettungsschirms* für überschuldete Mitgliedstaaten im Euroland und auf eine verbesserte Kapitalausstattung der Europäischen Zentralbank (EZB) geeinigt. Für die Einrichtung eines langfristigen Krisenfonds, der ab Mitte 2013 wirken soll, ist allerdings noch eine einstimmige Änderung des Lissabon-Vertrages nötig. Die deutsche Regierung hat bei den Verhandlungen durchgesetzt, dass Hilfen aus dem neuen Fonds – der weitere 500 Mrd. Euro von den EU-Staaten und 250 Mrd. Euro vom IWF umfassen soll – nur als „letztes Mittel“ gewährt werden sollen. Zukünftig will man auch die *Gläubiger* einbeziehen. Aber nur dann, wenn ein Mitgliedsstaat nicht „nur“ Liquiditätsprobleme, sondern ein *Insolvenzproblem* hat. Bevor es hier Gelder aus dem neuen Fonds geben soll, muss sich der notleidende Staat vorab mit seinen Gläubigern auf einen Entschuldungsplan geeinigt haben. Nicht verständigen konnten sich dagegen die EU-Staats- und Regierungschefs auf eine *koordinierte europäische Wirtschaftspolitik* („*Europäische Wirtschaftsregierung*“). Deutschland spielt hier bisher den Bremsen. Auch keine Chance hatten wegen deutscher Verweigerung die von einigen Mitgliedsstaaten geforderten *Euro-Bonds*, die die Zinslast jener Staaten senken sollen, die heute bereits große Probleme haben, wie eben Griechenland und Irland. Morgen können es aber auch Portugal und Spanien sein. Auch Belgien und Italien sind gefährdet.

Als ökonomisch, aber auch politisch völlig borniert einzustufen sind *Ausschlussforderungen von notleidenden EWU-Staaten*. Würde beispielsweise Griechenland zur Drachme zurückkehren müssen, käme es zwar zu einer Abwertung der griechischen Währung, gleichzeitig aber auch zu einem explosionsartigen Anstieg der Auslandsschulden und damit quasi zur Insolvenz von Griechenland. Außerdem wäre mit einem Dominoeffekt durch weitere Spekulationswellen gegen andere schwache EWU-Länder zu rechnen. Hier ist es dann nur eine Frage der Zeit, welche Länder als nächstes (Irland, Portugal, Spanien oder sogar Italien) den Euroraum verlassen müssten. Damit wäre *politisch* die gesamte EU am Ende. Auch die von

⁵⁴ Vor der Krise 2007 lag die *Schuldenstandsquote des Euroraums* als Ganzes bei deutlich unter 70 Prozent. Bis Mitte 2010 ist sie auf deutlich über 80 Prozent gestiegen.

⁵⁵ Vgl. Bontrup, Heinz-J., *Ökonomisches Nirwana – Die Schuldenbremse führt zu weiterer gesellschaftlicher Spaltung*, in: WSI-Mitteilungen, Heft 6/2009, S. 337-338.

einigen neoliberalen Ökonomen diskutierte Variante eines *Austritts von Deutschland* aus dem Euroraum, also zurück zum „D-Mark-Imperialismus“ der Zeit vor dem Euro, ist keine ernst zu nehmende Alternative. Hier käme es in Folge zu einer kräftigen Aufwertung der D-Mark, die die deutsche Exportwirtschaft hart treffen und das Wachstum in Europa insgesamt schädigen würde, selbst wenn dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der im Euro verbleibenden Länder zunimmt. Außerdem würden die Plutokraten aus dem Euro in die D-Mark flüchten und damit die Kreditwürdigkeit der Euroländer noch weiter schwächen.

Kollabiert der Euro, bricht die gesamte ökonomische und politische Statik Europas ein. Dies wäre eine *absolute Katastrophe*. Zwar war das Euro-Regime „von vornherein eine *Fehlkonstruktion*; aber die beseitigt man nicht, indem man den Euro wieder abschafft. Regelwerke für eine positive Integration durch eine *gemeinsame Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik* sind bisher Fehlanzeige. Ebenso wie eine *demokratische Verfassung*. Die Frustration über Euro-technokraten und Bürgerferne überrascht nicht. Nun kommt die Angst um das Geld und die Wut über die Banken hinzu. Die Welle der *Euro-Feinde* könnte demnächst in vielen Ländern die politischen Kräfteverhältnisse umpflügen – nach Rechtsaußen.“⁵⁶ Der *größte Feind des Euros*, dies ist bisher nicht einmal annähernd von der verantwortlichen und herrschenden Politik begriffen, ist aber neben der fehlenden *Koordination einer europäischen Makropolitik* (Geld- und Finanzpolitik)⁵⁷ die *neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben*, und zwar *in* und *zwischen* den einzelnen Ländern. Große Schuld auf sich geladen hat hier, neben den einzelstaatlichen neoliberalen Regierungen, auch die *EU-Kommission* mit ihrer neoliberalen Marktadikalität seit Beginn der 1990er Jahre.⁵⁸

⁵⁶ Bischoff, Joachim, Detje, Richard, Die Krise des Euroregimes, in: Sozialismus, Heft 1/2011, S. 6.

⁵⁷ Dazu gehört erstens durch die Non-Bail-out-Klausel ein Verzicht auf Finanzhilfen für notleidende Mitgliedsländer. Zweitens der sträfliche Verzicht auf eine koordinierte Finanzpolitik zwischen den EU-Ländern zur Verstärkung von Wachstumsprozessen unter Berücksichtigung einer mit der Geldpolitik abgestimmten Strategie. Drittens eine absolut mangelhafte Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung innerhalb der EU. Und viertens eine fehlende koordinierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Gunsten der abhängig Beschäftigten in Europa.

⁵⁸ Zur Behebung der „Euro-Krise“ hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ein Sondermemorandum veröffentlicht: Euroland in der Krise: Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion, Bremen 2011.

13. KRISENZEITEN SIND KEINE ERKENNTNISZEITEN

Als 2008 die „kapitalistische Kernschmelze“ drohte, griffen, wie aufgezeigt, zum Erhalt des Systems die marktradikalen, neoliberalen Umverteilungsprediger aus Politik, Wirtschaft und der Mainstream-Wirtschaftswissenschaft⁵⁹ kurzfristig in die so verhasste Instrumentenkiste der Keynesianer. Die öffentliche Hand war über Nacht wieder en vogue, und selbst die neoliberale Herrschaftselite sprach offen von einer notwendigen „*Rückkehr des starken Staates*“. Staatliche Konjunktur- und Beschäftigungspakete, kurz zuvor noch als wirkungslose „Strohfeuer“ geächtet, mussten auf Pump in Form eines „bastard-keynesianischen“ Deficit spendings aufgelegt und viele Banken vor dem Kollaps durch Verstaatlichung oder die Errichtung von „bad banks“ gerettet werden. Neben den staatlichen Konjunkturpaketen und Bürgschaften stellten außerdem die Zentralbanken zur Vermeidung einer „Kreditklemme“ den Geschäftsbanken, die sich untereinander bei der Kreditvergabe nicht mehr trauten, viel Geld (Liquidität) zu niedrigsten Zinssätzen zur Verfügung. Wollte man das kapitalistische System retten, so war dies sicher alles aus *kurzfristiger Sicht* ohne Alternative. Offensichtlich sind Krisenzeiten bei Neoliberalen aber nur kurzfristig Erkenntniszeiten, „die derzeit allerorten in der Scheingewissheit eines sicheren Aufschwungs die Rückkehr zur wirtschaftspolitischen Normalität propagieren. Danach sollen mit der Überwindung der Krise wieder jene wirtschaftspolitischen Strategien maßgeblich sein, die es vor der Krise schon waren. Es wird vor allem wieder nach angebotspolitischen Maßnahmen gerufen: Strukturreformen mit einzelwirtschaftlichem Charakter werden erneut als Allheilmittel jedweder wirtschaftspolitischer Probleme gesehen.“⁶⁰

Staatliche Austeritätsprogramme, egal ob für Griechenland oder Irland, sind für jedes Land und damit für alle Länder ökonomisch immer kontraproduktiv. Sie senken das Wachstum und erhöhen die Arbeitslosigkeit, sie behindern Innovationen und steigern die Armut und am Ende haben sie die Staatsverschuldung nicht gesenkt, sondern diese ist noch größer geworden. Hier gilt das Schuldenparadoxon. Dies alles ist nicht nur eine theoretische Deduktion, sondern hinlänglich empirisch verifiziert und damit wirtschaftliche Realität. Das Problem ist nur, dass die nach wie vor herrschende neoliberale Politikklasse und ihre Berater

⁵⁹ Vgl. Bontrup, Heinz-J., Zum Versagen der Mainstream-Ökonomie, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler BdWi (Hrsg.), BdWi-Studienheft 7, S. 52-54; Marquardt, Ralf-M., Volkswirtschaftslehre im Dornröschenschlaf, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2010, S. 16-19.

⁶⁰ Horn, Gustav u.a., Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011, in: IMK-Report Nr. 59, Januar 2011, S. 24.

immer noch nichts aus der Krise gelernt haben und hochgradig unter *Realitätsverlust* leiden.⁶¹ „Krisenzeiten sind eben nur selten Erkenntniszeiten“ (Oskar Negt).⁶²

So wird zum Abbau der Staatsverschuldung das deutsche *staatliche Kürzungs- und Steuer-senkungspaket* in Höhe von 80 Mrd. Euro seine negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen nicht nur bei uns, sondern im gesamten Euroraum entfalten. Das zynisch als „Zukunftspaket“ des Bundes bezeichnete Programm soll insgesamt von 11,2 Mrd. Euro im Jahr 2011 auf 26,5 Mrd. Euro im Jahr 2014 und danach bis 2016 auf 80 Mrd. Euro weiter aufwachsen. „Laut Finanzplan sollen dadurch die Bundesausgaben im Jahr 2014 nominal um 5,8 Prozent unter denen im Jahr 2010 (Haushaltssoll) liegen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die Ist-Ausgaben des Jahres 2010 voraussichtlich deutlich unterhalb des Solls liegen werden, plant der Bund über einen Vierjahreszeitraum deutliche nominale Ausgabenkürzungen. Zum Vergleich: Die britische Regierung, deren drastischer Sparkurs in der deutschen Öffentlichkeit zu Recht viel Beachtung fand, plant, die laufenden Ausgaben der Ressorts in den nächsten vier Haushaltsjahren nominal immerhin um 0,7 Prozent steigen zu lassen. Unter Einbeziehung der Kapitalrechnung sollen die Ausgaben der Ressorts um 2,4 Prozent sinken – eine gegenüber dem deutschen Bundeshaushalt offenbar ähnlich restriktive Finanzplanung. In Deutschland selbst fällt ein solch radikal niedriger Ausgabenpfad offenbar gar nicht mehr als ungewöhnlich auf, denn er stellte im Durchschnitt der letzten zehn Jahre vor der Krise fast schon den Normalfall dar. Die öffentlichen Ausgaben in Deutschland entwickelten sich geradezu atemberaubend restriktiv: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben lag in Deutschland von 1998 bis 2008 nominal bei nur 1,4 Prozent. Der Durchschnitt der alten EU-15 lag mit 3,9 Prozent knapp dreimal so hoch. Im betrachteten Zeitraum gab es mit Japan nur ein einziges Land, für das die EU-Kommission Daten vorhielt, das ein niedrigeres Staatsausgabenwachstum verzeichnete als Deutschland. Das gilt auch für die realen, das heißt mit dem (Harmonisierten) Verbraucherpreisindex deflationierten Staatsausgaben, bei denen Deutschland neben Japan das einzige Land ist, das mit durchschnittlich –0,2 Prozent pro Jahr einen Rückgang zu verzeichnen hatte – im EU-15-Durchschnitt waren es +1,8 Prozent pro Jahr.“⁶³

⁶¹ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum: Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter, Bremen 2010.

⁶² Negt, Oskar, Das Mandat der Gewerkschaften. Warum Krisenzeiten nur selten Erkenntniszeiten sind, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2010, S. 59-64.

⁶³ Horn, Gustav u.a., Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011, a.a.O., S. 13.

14. ALTERNATIVEN SIND ÜBERFÄLLIG

Mit „Rettungsschirmen“ und einer Austeritätspolitik wird man die Krise nicht beheben können. Im Gegenteil, es wird in den einzelnen Ländern zu Wachstumseinbrüchen, Arbeitsplatz- und Kapitalverlusten sowie zu noch mehr Staatsverschuldung kommen. Letztlich führt dies zu einer noch größeren Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich. Auch wird sich die Produktions- und Finanzwirtschaft durch die Krise weiter konzentrieren und damit noch mehr privatwirtschaftliche Macht und Ausbeutungspotenzial innerhalb der Wirtschaft, aber auch gegenüber der demokratisch durch Wahlen alleine legitimierten Politik entstehen, die weiter unsere Demokratie gefährdet. Dies alles ist das Ergebnis des zuvor von unten nach oben umverteilenden marktradikalen (neoliberalen) Systems. „Alles, was wir jetzt erleben“ so Hannes Rehm, der Vorsitzende des staatlichen Bankenrettungsfonds SoFFin, „ist nicht über uns gekommen, sondern ist gewollt gewesen – von der Politik, den Banken, der Wirtschaft.“⁶⁴ Niemals sollte deshalb ein Politiker oder Ökonom es noch einmal wagen, von den „Segnungen“ der sogenannten „*Selbstheilungskräfte des Marktes*“ zu faseln und womöglich weiter auf *Privatisierung* und eine *Umverteilung zu den Besitzeinkommen* setzen. Was nützt, ist ein *starker Staat*, eine dezidiert aktive und in der *EU abgestimmte Wirtschaftspolitik*, die mit dem unheilvollen neoliberalen System endgültig Schluss macht und außerdem auf eine *Demokratisierung der Wirtschaft* setzt. Nur so wird die *Ursache der Krise* behoben und nicht an Symptomen herumgedoktert. Nur so wird die Zukunft für die Mehrheit der Menschen – und nicht wie heute nur für eine Minderheit – gestaltet. Passiert dies nicht, werden nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch zwischen den Volkswirtschaften die ökonomischen und politischen Spannungen massiv zunehmen, so dass letztlich sogar mit katastrophalen Folgen die Europäische Union zur Disposition stehen könnte.

Zur Berichtigung der in der Vergangenheit angerichteten *Umverteilungsschäden* muss es zu einer Entschuldung, zu einem *Schuldenerlass* kommen. Gesamtwirtschaftlich ist nun einmal, wie aufgezeigt, die Summe allen Vermögens immer gleich der Summe aller Verbindlichkeiten. Hierbei gelten implizit zwei ökonomische Gesetze: Erstens kann man einmal aufgebaute Vermögensbestände nicht mehr durch Eingriffe in die laufende Einkommensbildung berichtigen. Und zweitens können eingetretene Vermögens- bzw. Kapitalverluste nachträglich nicht mehr durch Kostensenkungen kompensiert werden. Nur durch geplante zusätzliche Wertberichtigungen (Abschreibungen) auf bestehende Vermögensbestände – neben den bereits eingetretenen – lässt sich ein erträgliches Gleichgewicht mit den verbleibenden Schulden

⁶⁴ Zitiert bei Scheuermann, A., Bankretter attackiert die Branche, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 21. August 2009, S. 11.

wieder herstellen. In Conclusio bedeutet dies, dass es zu einem *Kapitalschnitt* („hair cut“) bei den Gläubigern kommen muss. Bis heute ist dies so gut wie nicht erfolgt. Im Gegenteil: Vor der Krise wurden die Gewinne privatisiert und während der Krise die Verluste in Form von Staatsverschuldung sozialisiert. Die Gläubiger beim „Hair cut“ sind aber nicht nur gleichzusetzen mit den Institutionen Banken, Versicherungen oder Fonds, sondern Gläubiger sind in erster Linie die eigentumsrechtlichen Inhaber des vor der Krise akkumulierten Vermögens. Dieses belief sich beispielsweise in Deutschland, nur bezogen auf das Bruttogeldvermögen, Ende 2009 auf 4.671,7 Mrd. Euro und netto nach Abzug aller Verbindlichkeiten auf 3.139,7 Mrd. Euro (Tabelle 5). Das gesamte Nettovermögen (inkl. Immobilien und Betriebsvermögen) der Deutschen betrug Ende 2007 sogar 6.600 Mrd. Euro, wovon die reichsten 20 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung (älter als 17 Jahre) rund 80 Prozent besaßen (vgl. Kap. 7). Ein notwendiger Vermögensschnitt verschont damit die meisten Bürger und Bürgerinnen in Deutschland und sicher auch in den anderen Ländern.

Vor diesem Hintergrund sollte zum *Abbau der Staatsverschuldung* in den einzelnen EU-Ländern, aber auch zur gerechten Entschuldung der *notleidenden EWU-Staaten* ein *abgestuftes Verfahren* eingeleitet werden: Zunächst müssten dazu in einem ersten Schritt die Vermögenden in den jeweiligen Ländern durch eine *einmalige Vermögensabgabe* belastet werden, weil sie in der Vergangenheit mit ihren kumulierten Vermögensbeständen am meisten von der neoliberalen Umverteilung profitiert haben („länderimmanente Lösung“). Reicht diese Entschuldung nicht aus, so müssen in der EU in einem zweiten Schritt alle Vermögenden in den Exportüberschussländern den Defizitländern durch einen Schuldenerlass zur Seite stehen. Auch hier waren die Überschussländer in der Vergangenheit die Profiteure der Auslandsverschuldung. Dies gilt insbesondere für *Deutschland* mit von 1991 bis 2009 erzielten (kumulierten) Kapitalexporten in Höhe von fast 749 Mrd. Euro (Tabelle 8). Die einmalig erhobene Vermögensabgabe sollte dabei mit Freigrenzen für Vermögensbestände bis 300.000 Euro versehen werden. Als Vermögen gelten dabei alle privaten Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögensbestände sowie wertvolle Sammlungen.

Was muss nach dieser Entschuldung weiter passieren? Erstens eine auf *europäischer Ebene abgestimmte Fiskal- und Geldpolitik*. Dazu ist der „Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt“, als ein „Behinderungspakt“, ebenso wie die deutsche „Schuldenbremse“ abzuschaffen. Was wir in Europa und in Deutschland dringend brauchen, sind keine „Schuldenbremsen“, sondern „*Steuersenkungsbremsen*“ (Peter Bofinger). Auch die jetzt in fast allen europäischen Ländern aufgelegten oder noch folgenden Austeritätsprogramme bzw. Kürzungsprogramme und weitere Privatisierungen sind grundfalsch. Sie werden die Krise prozyklisch verschärfen und noch mehr soziale Spaltungen und Armut in Europa herbeiführen.

ren. Richtig wäre jetzt ein in der EU abgestimmtes *ökologie-, sozial- und bildungsorientiertes Konjunkturprogramm* der einzelnen Mitgliedsländer in Höhe von 4 Prozent jährlich bezogen auf das jeweilige nominale Bruttoinlandsprodukt von 2008 (vor der Krise) für die nächsten drei Jahre. Für Deutschland wären dies um die 100 Mrd. Euro pro Jahr. Die Finanzierung könnte fast vollständig (60-70 Mrd. Euro pro Jahr) durch die Erhebung einer einmaligen 5-prozentigen *Vermögensabgabe* in Deutschland ab einem Vermögen von mehr als 300.000 Euro geleistet werden. Ähnlich müsste in den anderen Ländern der EU verfahren werden. Neben der Steuerfinanzierung haben staatliche Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme einen hohen *Selbstfinanzierungseffekt* auf Grund ihrer multiplikativen Wirkung. Dringend notwendig ist weiter eine *expansive Geldpolitik* durch die Europäische Zentralbank (EZB) – auch wenn die europäische Zielinflationsrate von 2 Prozent überschritten werden sollte. Zinssteigerungen würden kontraproduktive Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung entfalten.

Zweitens müssen diese kurzfristigen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen durch *systemisch-strukturelle Veränderungen* ergänzt werden. So sind die *internationalen Finanzmärkte* aus ihrer in der Vergangenheit vollzogenen *Liberalisierung* wieder in staatlich streng regulierte Märkte zu überführen. Die Krise habe gezeigt, so Rehm, dass unregulierte Märkte zu ungeheuren Verlusten bis hin zur Selbstzerstörung führen. Der Staat hat gerade im Finanzwesen eine wichtige Gestaltungsaufgabe, dies sei jedoch im weltweiten Wettbewerb der Finanzplätze aus dem Blick geraten.⁶⁵ Die jetzt auf EU-Ebene beschlossene Schaffung dreier grenzüberschreitender staatlicher Behörden zur Beaufsichtigung der Banken, Versicherungen und des Wertpapierhandels sowie die Einsetzung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Zu befürchten ist aber, dass dies am Ende dennoch nicht hinreichend sein wird, zumal die neuen Behörden nur eingeschränkte Durchgriffsrechte bekommen, ihre Erkenntnisse und Maßnahmen kaum transparent sein werden und Lobbygruppen einen fest installierten Widerspruchsstatus gegen Entscheidungen der Behörden haben. An den Finanzmärkten überfällig ist auch die *Abschaffung der privaten Ratingagenturen* (Standard & Poor, Moody's und Fitch), das „Trio Infernale“ (Der Spiegel), und die Einrichtung einer *unabhängigen staatlichen Europäischen Agentur* zur Beurteilung von Vermögens- und Schuldnerpositionen.⁶⁶ Und ebenso muss die sofortige Schließung sämtlicher *internationaler Steueroasen* und eine abgestimmte internationale Besteuerung der Finanzmarktumsätze durch eine *Finanztransaktionssteuer* vollzogen werden.⁶⁷ Ganz wichtig ist außerdem ein bis heute

⁶⁵ Zitiert bei Scheuermann, A., a.a.O., S. 11.

⁶⁶ Vgl. Altwater, Elmar, Im Schlepptau der Finanzmärkte. Wie sich die Politik dem Diktat der Krisenverursacher unterwirft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2010, S. 61ff.

⁶⁷ Vgl. Hickel, Rudolf, Finanztransaktionsteuer jetzt!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2010, S. 13-16.

nicht beschlossenes *Handelsverbot mit Krediten* und ein Verbot von *Hedgefonds* sowie eine schärfere Kontrolle von *Private-Equity-Fonds*, bei denen es ebenfalls zu einem immanenten Verbot hoher Fondsverschuldungen über einen Leverage-Effekt (vgl. dazu Fußnote 29) bei hochspekulativen Deals kommen muss. Ebenso sind besonders komplexe *Finanzderivate* und ungedeckte Leerverkäufe derartiger Wertpapiere vollständig zu verbieten.

Hinzukommen muss eine grundlegende Reform des *Bankensystems* durch eine demokratische Einbettung der Geldinstitute in ihr ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld. Der gerade neu geschaffene Regulierungsrahmen *Basel III* reicht dazu nicht aus. Die so genannte *Kern-eigenkapitalquote* für ausgereichte Kredite wird zwar von 2 Prozent bis 2019 schrittweise auf 7 Prozent angehoben, und zudem dürfen Banken zur Deckung nur noch das Eigenkapital zählen, das auch wirklich zur Deckung von Verlusten taugt. Dies schafft ein wenig mehr Sicherheiten in der Krise, wird aber dennoch bei schweren Krisen nicht hinreichend sein. Deshalb muss die Kerneigenkapitalquote der Banken sukzessive auf 10 Prozent erhöht werden. Außerdem müssen die Banken auf ihre wesentlichen *Kernfunktionen* zurechtgestutzt werden wie

- die Organisation des Zahlungsverkehrs
- das Einlagengeschäft zur einfachen und sicheren Ersparnisbildung
- die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen durch Kreditvergabe

Die unerträglich gewordene *Bankenmacht* gilt es zu beseitigen. Die Banken müssen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ihre in den Bilanzen verschleierte und in Zweckgesellschaften oder „Bad Banks“ ausgegliederten Verluste schonungslos offenlegen und wertberichtigen. Reicht dabei die Eigenkapitalbasis nicht aus, müssen Banken wie jedes andere Unternehmen grundsätzlich auch in Insolvenz gehen können. Wird allerdings bei Insolvenz einer „system-relevanten Bank“ das ganze Finanzsystem bedroht, so stehen zuvorderst die Eigentümer und Gläubiger und danach die Gemeinschaft der Banken in der Pflicht. Erst wenn auch dies nachweislich nicht möglich ist, muss der Staat die Bank durch eine Rekapitalisierung in öffentliches Eigentum überführen und danach vergesellschaften oder vom Markt nehmen.

Parallel dazu bedarf es eines verschärften *internationalen Wettbewerbsrechts* zur Eindämmung der Marktmacht von internationalen Konzernen, um auch hier das Erpressungspotenzial gegenüber der demokratisch gewählten Politik in den einzelnen Nationalstaaten unter Kontrolle zu bringen. In der EU sind endlich ein *Europäisches Kartellamt* und eine *Europäische Monopolkommission* auf Basis eines vereinheitlichten strengen *Europäischen Wettbewerbsrechts* einzurichten. Verstöße gegen das Gesetz sind nicht – wie heute in den europäischen

Ländern – mit einem Bußgeld, sondern mit dem Strafgesetzbuch zu ahnden.⁶⁸ Konzerne ab einer branchenbezogen zu bestimmenden Größenordnung sind zu zerschlagen. Wenn dies aus ökonomischen Gründen nicht sinnvoll ist, zum Beispiel wegen des Verlustes von Economies of scale (Skalenerträgen), sind Konzerne unternehmensintern zu demokratisieren. Zur Gegenmachtbildung zu privatwirtschaftlichen Unternehmen gehört auch der Ausbau *öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen* im Sinne einer solidarischen Ökonomie. Bereiche, die der *Daseinsfürsorge* dienen und gesellschaftliche *Basisgüter* bereitstellen, wie die Energie-, Gesundheits- und Pflegewirtschaft, sind besonders staatlich zu kontrollieren oder zu vergesellschaften.

Drittens muss speziell Deutschland seine Wirtschaftspolitik zur Beseitigung der *Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen* verstärkt auf die *Binnenwirtschaft* ausrichten. Gemäß dem deutschen „Stabilitätsgesetz“ von 1967 liegt – wie bereits angeführt – nur solange ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht vor, wie der Außenbeitrag am Bruttoinlandsprodukt von plus/minus 1,5 Prozent eingehalten wird. Gegen diese Vorgabe verstößt Deutschland seit Jahren massiv. Mit der Primärverteilung ist zum Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse die Binnenwirtschaft zu stärken und dabei zu einer uneingeschränkten *produktivitätsorientierten Reallohnpolitik* zurückzukehren. Hierdurch kommt es im Ergebnis aber nur zu einer Verteilungsneutralität. Die gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Profitquoten bleiben konstant – und die abhängig Beschäftigten ohne eine Umverteilungskomponente zur Erhöhung der Lohnquote weiter „Habenichtse“, wie Oswald von Nell-Breuning es gesamtwirtschaftlich aufzeigte.⁶⁹ Sie bleiben sozusagen auf die Konsumgütersphäre als „Gefangene“ mit ihrem Lohn (Tauschwert ihrer Arbeit) beschränkt; damit bleiben sie wiederum – ohne den vollen Wert ihrer Arbeit zu erhalten – zusätzlich noch von der Entwicklung der Investitionssphäre abhängig. Diese wird einzig und allein durch das „*Investitionsmonopol des Kapitals*“ (Erich Preiser) beherrscht und durch die erwartete Profitrate bestimmt.

Hieraus leiten sich eine Reihe von wirtschaftspolitisch dringend umzusetzenden *Alternativen im Sinne eines Links-Keynesianismus* ab, die aber sämtlich konträr zum nach wie vor herrschenden neoliberalen Dogma stehen: Dazu gehören neben der oben schon angeführten *produktivitätsorientierten Reallohnpolitik* auch *kollektive Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich* zur Schließung der Produktions-Produktivitätslücke.⁷⁰ Die *Rente mit 67* ist

⁶⁸ Vgl. Bontrup, Heinz-J., Das Kartellrecht novellieren: Strafrechtliche Konsequenzen für Kartelltäter!, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2010, S. 17-23.

⁶⁹ Vgl. von Nell-Breuning, Oswald, Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg 1960.

⁷⁰ Vgl. Bontrup, Heinz-J., Niggemeyer, Lars, Melz, Jörg, Arbeitfairteilen. Massenarbeitslosigkeit überwinden, Hamburg 2007.

abzuschaffen und wieder auf das gesetzliche Eintrittsalter mit 65 abzusenken.⁷¹ Auf Basis von Flächentarifverträgen ist eine Umverteilung zu Gunsten der abhängig Beschäftigten durch echte „On-top“ *Gewinn- und Kapitalbeteiligungen* durchzusetzen.⁷² Bis zum Erreichen von Vollbeschäftigung sind im Niedriglohnssektor *gesetzliche Mindestlöhne* verbindlich zu machen. Leiharbeit ist ohne Ausnahme zu verbieten. Und für leistungsschwache und ältere sowie gesundheitlich eingeschränkte Erwerbspersonen ist ein *öffentlicher Beschäftigungssektor* einzurichten.

Viertens muss eine völlig veränderte *Steuerpolitik* umgesetzt werden: Die gewinnträchtigen Unternehmen und die Spitzenverdiener sind im Vergleich zu heute wesentlich höher zu besteuern.

- Der Spitzensteuersatz (Grenzsteuersatz) bei der *Einkommensteuer* muss ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro auf 48 Prozent angehoben werden. Vom heute gültigen Eingangssteuersatz von 14 Prozent steigt dabei der Grenzsteuersatz linear-progressiv bis zum Spitzensteuersatz an. Zusätzlich wird eine *Reichensteuer* ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 200.000 Euro in Höhe von zusätzlich 5 Prozent eingeführt. Um auch gesellschaftlich unverschämt hohe Einkommen von *Unternehmern, Managern* oder auch *Sportlern und Künstlern* adäquat zu besteuern, müssen diese Einkommen ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von einer Million Euro mit einem Grenzsteuersatz von 80 Prozent abgeschöpft werden.
- Das zeitlich völlig überholte *Ehegattensplitting* wird ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro ebenso abgeschafft wie das Kindergeld. Als Ausgleich zum Kindergeld werden verstärkt öffentliche *Ganztages-Kindereinrichtungen* zur vorschulischen Erziehung und schulischen Betreuung geschaffen. Und bezogen auf das Ehegattensplitting wird ein Freibetrag von 8000 Euro für den nicht erwerbstätigen Ehegatten eingeführt.
- Der *Körperschaftsteuersatz* ist von heute 15 Prozent auf 35 Prozent zu erhöhen. Bei Gewinnthesaurierungen, die nachweislich für *beschäftigungssichernde Investitionen* im Unternehmen verbleiben, können Steuerabschläge gewährt werden. *Kleine Kapitalgesellschaften und Genossenschaften* mit Jahresgewinnen bis zu 1 Mio. Euro sollten mit einem ermäßigten Körperschaftsteuersatz von 20 Prozent belastet werden („Mittelstandsklausel“).

⁷¹ Vgl. Bontrup, Heinz-J., *Demografiewandel benötigt keine Privatisierung – sondern Verteilungssolidarität*, a.a.O.

⁷² Vgl. Bontrup, Heinz-J., Springob, Kai, *Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Eine mikro- und makroökonomische Analyse*, Wiesbaden 2002.

- Die *Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte* (Zinsen, Mieten, Pachten und Dividenden) ist abzuschaffen, Kapitaleinkünfte sind wieder den Gesamteinkünften entsprechend zu besteuern. Heute werden paradoxerweise Kapitaleinkommen steuerrechtlich besser gestellt als Arbeitseinkommen.
- Die völlig ungleich verteilten Vermögenswerte sind durch adäquate *Vermögens- und Erbschaftssteuern* der Gesellschaft zum Teil zurückzugeben. Erben haben für ihre Erbschaft nichts geleistet. Die seit 1997 ruhende *Vermögenssteuer* ist bei allen privaten Haushalten ab einem Nettovermögenswert von 500.000 Euro mit einem Steuersatz von 2 Prozent wieder einzuführen. Die *Erbschafts- und Schenkungssteuersätze* auf große Schenkungen und Erbschaften ab einer Million sind drastisch zu erhöhen und die durch die schwarz-rote Bundesregierung eingeführte steuerliche Sonderbehandlung der Vererbung bzw. Schenkung eines Unternehmens bei Betriebsfortführung ist wieder rückgängig zu machen.
- Anstelle der heutigen Gewerbesteuer muss eine *kommunale Gemeindefortschrittsteuer* eingeführt werden. Diese ist als eine eigenständige Steuer der Kommunen zu erheben, mit dem Recht, den Hebesatz autonom festzulegen. Der Gemeindefortschrittsteuer unterliegen im Gegensatz zur heutigen Gesetzgebung nicht nur alle Kapital- und Personengesellschaften, sondern auch alle selbständigen Einzelunternehmen sowie Freiberufler. Als Ertragsbasis werden neben dem Gewinn auch die Wertschöpfungsarten Zinsen, Miete/Pacht und Leasinggebühren in Ansatz gebracht. Die Gemeindefortschrittsteuer kann dabei wie heute die Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuerschuld angerechnet werden. Durch Freibeträge in Höhe von 30.000 Euro p.a. wird sichergestellt, dass schlecht verdienende Personen- und Kapitalgesellschaften, Freiberufler sowie Selbständige nicht von der Steuer erfasst werden.
- *Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung* sind radikal zu bekämpfen. Allein hier gehen dem Fiskus in Deutschland jährlich 100 Mrd. Euro verloren.⁷³

Hinsichtlich der *Sozialabgaben* muss uneingeschränkt zum Prinzip der Solidarität in Form eines „öffentlichen Gutes“ zurückgekehrt werden. Mit Leistungskürzungen und Privatisierungen ist Schluss zu machen. Die Teilprivatisierung der gesetzlichen Rente („Riester-Rente“) hat hier neben der Umverteilung zusätzlich Kapital auf die Finanzmärkte gespült und die verhängnisvolle Spekulation mit angeheizt. Die *Beitragsätze zu den Sozialversicherungen* sind als Arbeitgeberbeiträge zu erhöhen und als Arbeitnehmerbeiträge zu senken.

⁷³ Vgl. Hickel, Rudolf, Milliardenverbrechen Steuerhinterziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9, S. 57-65. Wie wichtig die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist, zeigen auch die ca. 30.000 *Selbstanzeigen* deutscher Steuerkrimineller auf Grund von veröffentlichten Datendisketten.

Die *Staatsverschuldung* kann mit einer solchen Steuer- und Abgabepolitik mittel- und langfristig auf eine akzeptable Größe abgebaut werden.

Fünftens muss noch eine ordnungstheoretische Notwendigkeit hinzukommen: Die *private Wirtschaft ist zu demokratisieren*.⁷⁴ Die Begründung hierfür ist einfach: Der Mensch will nicht bloß ein Mittel innerhalb der Wirtschaft sein. Der Mensch ist auch Selbstzweck. Deshalb sollten die Unternehmen von ihrem „kapitalistischen Charakter“ bzw. vom „Investitionsmonopol des Kapitals“ und die Beschäftigten aus der „Gefangenschaft der Konsumgütersphäre“ befreit werden. Dazu dürfen die Beschäftigten nicht nur auf ihre heutige *Lohnfunktion* reduziert werden, sondern sie sollten über ihre gewählten Vertreter in den Betriebs- und Aufsichtsräten gleichberechtigt (demokratisch) auch an Entscheidungen über die Beschäftigung, die Unternehmensorganisation, über die Gewinnverwendung oder auch über die operative und strategische Ausrichtung „ihres“ Unternehmens beteiligt werden. Die Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit auf der unternehmerischen (mikroökonomischen) Ebene der Wirtschaft verträgt sich nicht mit einer demokratischen Partizipation bzw. ist hochgradig widersprüchlich angelegt – genauso wie die Dichotomie zwischen einer nichtdemokratisierten Wirtschaft als Unterbau zum demokratisch verfassten Staat als Überbau in einer Gesellschaft. Wirtschaftsdemokratie verlangt dabei auch nach einer größeren *Demokratisierung des staatlichen Sektors* durch mehr interne Parteiendemokratie (Aufhebung der heute in den Parteien vorliegenden oligarchen Führungsstrukturen), Einführung mehr basisdemokratischer Volksentscheide und mehr Transparenz des gesamten öffentlichen Sektors in Form einer Haushalts-, Beschäftigungs- und Sozialberichterstattung. Zur Verhinderung einer unternehmerischen Unterminierung des staatlichen Sektors durch Lobbyssysteme und Korruption⁷⁵ muss es außerdem wie bei Kirche und Staat eine strikte Trennung von Staat und privater Wirtschaft geben. Dazu gehört auch die vollständige Abschaffung des Parteispensensystems zu Gunsten einer Finanzierung der Parteien aus ihren Mitgliedsbeiträgen und – abhängig vom Wahlerfolg – aus Steuermitteln. Der demokratisch legitimierte Staat ist nicht der „Diener“ einer profitorientierten Unternehmerwirtschaft, sondern der ganzen Gesellschaft verpflichtet. Und nicht zuletzt muss es dringend zu einer *Internalisierung der Umwelt* in einzelwirtschaftliche Kostenkalkulationen kommen.

⁷⁴ Vgl. dazu ausführlich Bontrup, Heinz-J., *Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft*, 4. Auflage, Köln 2011.

⁷⁵ Vgl. Tillack, Hans-M., *Die korrupte Republik. Über die einträgliche Kungelei von Politik, Bürokratie und Wirtschaft*, Hamburg 2009; Menne, Heinz, Dreßler, Rudolf (Hrsg.), *Schwarzbuch Wirtschaftskriminalität*, Dortmund 1987.

Gegen alle diese notwendigen Alternativen gibt es aber massiven Widerstand durch die Geldmächtigen. Schon 1936 beklagte sich der US-amerikanische Präsident Roosevelt über den großen Einfluss der Plutokraten auf die Politik: „Wir kämpfen seit vier Jahren erbittert gegen die Hochfinanz und die Wirtschaftsbesse, die gewissenlosen Spekulanten, gegen die Klassenspaltung, den Partikularismus und gegen die Kriegspoliteure. Sie alle hatten sich daran gewöhnt, die amerikanische Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich, wie von der Mafia regiert zu werden.“⁷⁶ Die Neoliberalen wollen bis heute eine „Regierung“ durch die Geldmächtigen. Sie haben dazu mit ihrer intendierten Umverteilung von unten nach oben einen „Klassenkampf von oben“ initiiert und warnen zynisch vor einer gesellschaftlichen „Gleichmacherei“. „Wer die soziale Demokratie gegen den Druck der Finanzmärkte im Kapitalismus verteidigen will, kann sich daher,“ so Elmar Altvater, „der Notwendigkeit des „Klassenkampfes von unten“ nicht entziehen. Nur so lässt sich die Freiheit in der politischen Gestaltung des Sozialen fortentwickeln.“⁷⁷

⁷⁶ Zitiert bei: Bischoff, Joachim, Detje, Richard, Die Krise des Euroregimes, a.a.O., S. 5f.

⁷⁷ Altvater, Elmar, Im Schlepptau der Finanzmärkte, a.a.O., S. 65.



15. LITERATURVERZEICHNIS

- Altwater, Elmar, Im Schlepptau der Finanzmärkte. Wie sich die Politik dem Diktat der Krisenverursacher unterwirft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2010, S. 55-65.
- Anonym, So beglücken deutsche Großkonzerne ihre Aktionäre, Spiegel Online vom 26.11.2010.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum, Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter, Bremen 2010.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum, Euroland in der Krise: Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion, Bremen 2011.
- Bach, Stefan, Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 50/2010, S. 2-8.
- Bischoff, Joachim, Detje, Richard, Die Krise des Euroregimes, in: Sozialismus, Heft 1/2011, S. 2-6.
- Bofinger, Peter, Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle, 3. Auflage, München 2005.
- Bontrup, Heinz-J., Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 4. Auflage, Köln 2011.
- Bontrup, Heinz-J., Das Kartellrecht novellieren: Strafrechtliche Konsequenzen für Kartelltäter!, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2010, S. 17-23.
- Bontrup, Heinz-J., Demografiewandel benötigt keine Privatisierung – sondern Verteilungssolidarität, in: Arbeit: Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Heft 1/2009, S. 19-32.
- Bontrup, Heinz-J., Ökonomisches Nirwana – Die Schuldenbremse führt zu weiterer gesellschaftlicher Spaltung, in: WSI-Mitteilungen, Heft 6/2009, S. 337-338.
- Bontrup, Heinz-J., Marquardt, Ralf-M., Nachfragemacht in Deutschland: Ursachen, Auswirkungen und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen, Münster 2008.
- Bontrup, Heinz-J., Niggemeyer, Lars, Melz, Jörg, Arbeitfairteilen. Massenarbeitslosigkeit überwinden, Hamburg 2007.
- Bontrup, Heinz-J., Wettbewerb und Markt sind zu wenig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament, 13/2007, 26. März, S. 25- 31.
- Bontrup, Heinz-J., Keynes wollte den Kapitalismus retten. Zum 60. Todestag von Sir John Maynard Keynes, in: Internationale Politikanalyse der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn, September 2006.
- Bontrup, Heinz-J., Zum Versagen der Mainstream-Ökonomie, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler BdWi (Hrsg.), BdWi-Studienheft 7, S. 52-54.
- Bontrup, Heinz.-J., Springob, Kai, Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Eine mikro- und makroökonomische Analyse, Wiesbaden 2002.
- Brenke, Karl, Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 46/2010, S. 2-16.
- Dauderstädt, Michael, Hillebrand, Ernst, Exporteuropameister Deutschland und die Krise, in: WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009.
- Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Januar 2010.

- Deutschmann, Christoph, Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten, in: Working Paper 08/05 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln 2008.
- Dörre, Klaus, Holst, Hajo, Nach dem Shareholder Value? Kapitalmarktorientierte Unternehmenssteuerung in der Krise, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2009, S. 667-674.
- Dullien, Sebastian, Ungleichgewichte im Euro-Raum. Akuter Handlungsbedarf auch für Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010.
- Eicker-Wolf, Kai, Truger, Achim, Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt a.M. 2010.
- Frick, Joachim R., Grabka, Markus, Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht Nr. 4/2009, S. 54-67.
- Goebel, Jan, Gornig, Martin, Häußermann, Hartmut, Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 24/2010, S. 2-9.
- Görgens, Hartmut, Sind die Löhne in Deutschland zu hoch?, Zahlen, Fakten, Argumente, Marburg 2007.
- Grabka, Markus M., Frick, Joachim R., Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 7/2010, S. 2-11.
- Hein, Eckhard, van Treeck, Till, Finanzmarktorientierung – ein Investitions- und Wachstumshindernis?, in: IMK Report Nr. 26, Januar 2008.
- Hickel, Rudolf, Finanztransaktionssteuer jetzt!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2010, S. 13-16.
- Hickel, Rudolf, Milliardenverbrechen Steuerhinterziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2010, S. 57-65.
- Horn, Gustav u.a., Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011, in: IMK-Report Nr. 59, Januar 2011.
- Institut für Finanzdienstleistungen e.V., Stiftung für private Überschuldungsprävention, Überschuldungsreport Deutschland 2010.
- Joebges, Heike, Logeay, Camille, Stephan, Sabine, Zwiener, Rudolf, Deutschlands Exportüberschüsse gehen zu Lasten der Beschäftigten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010.
- Keynes, John Maynard, The General Theory of Employment Interest and Money, London 1936, in deutscher Übersetzung: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, übersetzt von Fritz Waeger, verbessert und um eine Erläuterung des Aufbaus ergänzt von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider, 11. Auflage, Berlin 2009.
- Lepsius, Oliver, Über Märkte, Wettbewerb und Gemeinwohl – Plädoyer für einen Paradigmenwechsel, in: Adolf-Arndt-Kreis (Hrsg.), Staat in der Krise – Krise des Staates? Die Wiederentdeckung des Staates, Berlin 2010, S. 25- 48.
- Liebert, Nicola, Die guten Kapitalisten: Pensionsfonds nehmen Einfluss auf Konzerne und Politik, in: Le Monde diplomatique, September 2007, S. 11-12.
- Lordon, Frederic, Die Mechanik der Finanzkrise, in: Le Monde diplomatique, September 2007, S. 1 und S. 9-10.
- Marquardt, Ralf-M., Volkswirtschaftslehre im Dornröschenschlaf, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2010, S. 16-19.

- McKinsey, Mapping Global Markets, o.O., Oktober 2008.
- Menne, Heinz, Dreßler, Rudolf (Hrsg.), Schwarzbuch Wirtschaftskriminalität, Dortmund 1987.
- Müller, Udo, Bock, Hartmut, Stahlecker, Peter, Stagflation. Ansätze in Theorie, Empirie und Therapie, Königsstein/Ts. 1980.
- Negt, Oskar, Das Mandat der Gewerkschaften. Warum Krisenzeiten nur selten Erkenntniszeiten sind, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2010, S. 59-64.
- Nell-Breuning, Oswald, Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg 1960.
- Reuter, Norbert, Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung, in: Seidl, Irmi, Zahrrnt, Angelika (Hrsg.), Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010, S. 85-102.
- Roth, Hanna, China geht in Europa auf Einkaufstour, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 05.01.2011.
- Rügemer, Werner, Bankster vor Gericht. Kollektive Unschuld und systemische Kriminalität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2010, S. 72-84.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Jahresgutachten 2009/10, Wiesbaden 2009.
- Schäfer, Claus, Zukunftsgefährdung statt Krisenlehren – WSI-Verteilungsbericht 2010, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2010, S. 638.
- Scheuermann, A., Bankenretter attackiert die Branche, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 21. August 2009.
- Schmidt, Helmut im Interview mit Rüdiger Grube, in: mobil Deutsche Bahn, Heft 9/2010.
- Schrooten, Mechthild, Teichmann, Isabel, Export wieder auf Touren – Binnennachfrage muss nachziehen, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 35/2010, S. 2-8.
- Schuhler, Conrad, Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung, in: ISW Report Nr. 79.
- Schulmeister, Stephan, New Deal für Europa, in: Le Monde diplomatique, September 2010, S. 3.
- Schulten, Thorsten, Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg 2004.
- Sturn, Simon, van Treeck, Till, Gefährliche Ungleichheit, in: Le Monde diplomatique, Dezember 2010, S. 1 und S. 4.
- Tillack, Hans-M., Die korrupte Republik. Über die einträgliche Kungelei von Politik, Bürokratie und Wirtschaft, Hamburg 2009.
- UNO-Arbeitsorganisation ILO, Zweiter Globaler Lohnbericht, Genf 2010.
- ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen, Nr. 2, September 2010.
- Willke, Gerhard, John Maynard Keynes, Frankfurt a. M. 2002.
- Zinn, Karl Georg, Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums, in: Le Monde diplomatique, Juli 2009, S. 10-11.
- Zuck, Rüdiger, Wirtschaftsverfassung und Stabilitätsgesetz, München 1975.

Bitte einsenden an:

DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Otto-Brenner-Straße 7

30159 Hannover



Antrag auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB

Name Vorname

Geburtsdatum Geschlecht männl. weibl.

Straße Haus-Nr.

PLZ / Wohnort Nationalität

E-Mail (privat) Telefon (privat)

Beschäftigt bei Beruf

Beruflicher Status Arbeiter/in Angestellte/r Beamtin/Beamter Auszubildende/r Student/in Sonstiges

Name des Geldinstituts Monatliches Bruttoeinkommen/ Eingruppierung

Konto-Nr. Bankleitzahl

Unterschrift Datum

Ich bin damit einverstanden, dass die von mir gemachten Angaben einschließlich eventueller Änderungen und Ergänzungen zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Aufgaben, insbesondere der Mitgliederbestandsverwaltung, der Mitgliederinformation sowie des Beitragsabzugs im erforderlichen Umfang – auch durch Datenträgeraustausch – mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet und genutzt werden können.

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft meinen satzungsgemäßen Beitrag bei Fälligkeit von meinem angegebenen Konto per Lastschrift abzubuchen. Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweisen, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Einlösungsverpflichtung.

Die vorstehende Einverständniserklärung sowie die Lastschriftbevollmächtigung kann ich nur gegenüber der Gewerkschaft widerrufen.

Datum/Unterschrift der Antragstellerin bzw. des Antragstellers



